

Die "Botschaft"
erscheint wöchentlich 2 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Grampaustr. 8/10,
und durch Kolporteur zu beziehen.
Preis vierteljährlich M.R. 2.50.
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen M.R. 2.50.
frei ins Haus M.R. 2.50,
wo keine Post am Orte. M.R. 2.50.

Gesponsor
Redaktion 314.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unternehmensgesetz Berlin
für die sozialen Gemeinschaften
oder Soziale Akteure. M.R. 40.-
Konservative Unternehmungen unter Reg. 1. 1912
Gesetze für Arbeitsschutz 15. 1912
Sozialer Sicherungsgesetz 15. 1912
Vereinigte Bergmannschaften 15. 1912
Gesetze für die sozialen Räume
maßen bis Verminderung 9. 1912
Expedition abgegeben werden.

Gesponsor
Expedition 1200.

Nr. 19.

Breslau, Freitag, den 23. Januar 1914.

25. Jahrgang.

Blinde Stadtpreußen.

Ich bin ein Preuße,
Kann Ich meine Schnauze?

Lord von Oldenburg hat in einer Thorner Versammlung mit schlecht verhülltem Stolze zugestanden, daß er im Reichstag so zu sprechen pflegt, wie im Clubhaus zu Konstanz. Die Geblüdeten unter seinen Fraktionsgenossen befanden zwar allemal das Gittern, wenn er die Tribüne erscherte, aber das gentierte ihm nicht. Er wußte, daß diese in der Wunderheit sind und daß die anderen ihm nun so lebhaft zuflüstern, beständig oder offen. Die Parteizugung in Berlin gab seinem Jargon hinzufügen die nationale Weise, er fand dort der Kameraden genug, die in seine robuste Tonart einstimmten. Über wenn auch der herzerfrischende Ton der Preußenblindler in nichts hinter den preußischen Taten der Steuter und Fotscher zurücksteht, so gilt das gleiche doch auch von den Verheerungen, die sie im Bauplan der patriotischen Renaissance angerichtet haben. Wendeband, der Zuchs, schneller Gesichter, als sei er in eine Falle geraten, die Vokauten verbirken ihm das Konzept und durchkreuzen seine roffiniertesten Pläne. Im besten Buge Vergeltung zu über führt alle die Demütigungen seit Annahme der Finanzreform, das "Gleichgewicht" im Reichstage wiederherzustellen und dem ersten Diener des Kaisers die Bühne wie die Leuch in den Porzellansladen.

Die Nebe waren so sauber ausgebrettert, daß eine nach den anderen von den bürgerlichen Gruppen sich dorin verstricken mußte. Am "Arbeitswillenszug", den sie so fröhlich betrieben, haben die Jäger feinerlei eigenes Interesse. Ihre Landarbeiter streiten nicht, haben nicht einmal das Recht und stellen keine Streikposten auf und wenn das organisierte Industrieproletariat die Herren der Städte etwas zwiebelte, so hat das den Grünen der schwärme dieser keine zwiesinnigen verursacht. Nein, der Wurf zielt wo anders hin. Die Selbstlosigkeit der Jäger trifft sehr oft nur das Selbstverständlichkeit, Bündesgenossen zu werden und die Sozialdemokratie gemeinsam mit ein paar Asphaltilberoden zu isolieren. Die Nationalliberalen müssen endgültig von den Linien abgesprengt und den Schwarzbären untertan gemacht werden, daneben aber auch den Weichherzigen unter den Fortschrittlern, wie sie im Hansabund sich sammelten, die Lust zu einem Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie gründlich versuchen werden.

Ein gehässiges Gesetz gegen die organisierte Arbeiterschaft nahm der Regierung die Möglichkeit, jemals wieder Erratoren mit der Sozialdemokratie zu tangen und peinliche Zugeständnisse, wie die Elsa-Lothringische Verfassung, und noch peinlichere Anzapfungen des bürgerlichen Vorlemoniat, wie den verschärfsten Wehrbeitrag und Besitzsteuervorlage, zu riskieren. Die Seiten wören endgültig erledigt und das Vorlemoniat der Jäger vor dem Reichstag geschüttet. Ein gehässiges Gesetz gegen die Arbeiterschaft schloß aber auch die Wahrscheinlichkeit einer Stichwahlunterstützung, wie sie die Linksparteien bis zu einem gewissen Grade 1912 gelöst hatten, aus. Sind die liberalen Gruppen und die Sozialdemokratie genügend gegeneinandergekehrt, dann kann die Reichstagsauflösung riskiert werden, für die sich bei den roten 110 immer ein Vorwand findet und für die sich die konservativen Provinzorganisationen seit mehr als Jahresfrist fleierhaft vorbereiten. Noch nie waren die der Volksstimme sonst so abgeneigten Konservativen so rege bei der Arbeit des Bauernfangs, als seit der Niederlage von 1912. Die Scharte muss ausgeweit werden und wenn ein kräftiger Schlag gegen die Sozialdemokratie gelingt, dann kommen auch die Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen, die Brannmeinfelverfasse und andere Liebesgaben neue Möglichkeiten, dann willst den Rittern der Klingende Zorn und Beishmann erhält den längst fälligen Tritt.

In diese schlecht versteckte Eingangs- und Einführungstrategie des Augenführers plumpsen nun die eichpreußischen Mundhelden mit ihren provolaten Beschimpfungen hinein, hetzen den Süden gegen den Norden, Bürger gegen Bürgle, Reichstag gegen Landtag und Herrenhaus, folgen fux und nein, was hinter den Säulen geheim werden sollte. Schlimmer haben nie die "starren Männer", stark in der Faust und sowohl im Gehirn, gewidmet als in diesem Augenblide, da sie das fast fertige Ziel mit ihren plumpern Steinwurzen getreten und alles vermoakt, was Schöne ausgeholt hatten.

Deshalb: zählen wir den echten Preußen nicht, auch sie erfüllten ihren historischen Beruf!

Auf die glänzenden Ausführungen zum Rechtsschutz, die Abgeordnete Seine in der gefügten Eröffnung des Reichstages machte (Siehe Beilage), seien unsere Herren besonders hingewiesen.

Politische Übersicht.

Der zweite Anlauf.

Zum zweiten Mal beschäftigt sich der Reichstag am heutigen Freitag mit der Angelegenheit von Babern und dem Wirrwarr ihrer Folgeerscheinungen.

Die erste Interpellationsdebatte am 3. und 4. Dezember v. J. entwickelte sich notwendiger Weise zu einem Versuch, auf die Regierung als die oberste Spize der Verwaltung einen gewissen Druck auszuüben. In seiner berühmten Misstrauensresolution vom 4. Dezember erklärte der Reichstag, daß die Behandlung des Gegenstandes der Interpellationen keinen Ausschaffungen nicht entspreche. An dem Verhalten des Reichskanzlers, der es unterlassen hatte, den Auschreitungen der Militärgewalt rechtzeitig und energisch entgegenzutreten, wurde scharfe Kritik geübt. Es zeigte sich aber sehr bald, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei war, die den betretenen Weg zu Ende gehen wollte. Sie verlangte, daß der Reichstag den mit einem Misstrauensvotum bedachten Kanzler entlässe, seinen Abdruck zu nehmen. Dieser Zwang durch ein entsprechendes Verhalten auszuüben, war der Reichstag sehr wohl imstande. Die einmalige Lektion, daß kein Kanzler in seinem Amt bleiben könne, dem der Reichstag sein Vertrauen entzog, hätte allen Nachfolgern zur Warnung dienen müssen.

Da die Mehrheit des Reiches nicht den Mut hatte, die Macht ausüben, die sie als Vertreterin nahezu des ganzen Volkes zweifelslos besaß, endete der Versuch ergebnislos. Der Reichskanzler blieb im Amt — zur Freude der Liberalen, die noch erklärten, sie hätten es mit ihrer Abstimmung gar nicht so böse gemeint. Die Offiziere wurden freigeplaudert, der Oberst sogar mit einem Orden ausgezeichnet, die angekündigte "Koalition" des Polizeipräsidiums v. Jagow vollzog sich in der Weise, daß ein Festessen für ihn veranstaltet wurde; Herr v. Beishmann aber ging ins Herrenhaus und teilte dort seinen feierlichen Erstauftritt jenem Eichpreußentum, das sich ein paar Tage später in der Gründerversammlung des Preußenbundes so herrlich offenbarte.

Der Reichskanzler ist überwunden und geschlagen. Er ist es aber nicht durch den Reichstag, sondern durch den Polizeipräsidium v. Jagow, den Kronprinzen, das Kriegsgericht, durch die Militärpartei und die ultrareaktionäre Hofslique.

So bietet die zweite Interpellationsdebatte ein ganz anderes Bild als die erste. Der Reichskanzler, damals der Mann des allgemeinen Misstrauens, ist mittlerweile ein Gegenstand des öffentlichen Missfalls geworden. Und der Versuch, durch ihn Entlastung auf die Verwaltung zu nehmen, mußte scheitern, weil die Verwaltung völlig desorganisiert ist. Ganz Preußen-Deutschland ist heute ein einziges Babern, denn die öffentliche Gewalt ist von der Zivilverwaltung, deren ohnmächtige Spize Herr v. Beishmann darstellt, auf das Militär übergegangen.

Man kann unter solchen Umständen dem zweiten Anlauf des Reichstages keine günstige Voraussage stellen. Er vollzieht sich auf schwierigerem Terrain unter ungünstigeren Verhältnissen, als der erste. Aber was von ihm zu erwarten ist, das ist eine Klastration unserer Zustände, eine Aufrüttelung der Geister, eine Mobilisierung der Massen gegen die Feinde wie gegen die unzulässigen Freunde des Volkes und seiner Rechte. Nur durch harte Erfahrungen und bittere Enttäuschungen kann, so scheint es, die Waffe des Volkes zu der Erkenntnis geführt werden, daß in den großen Kämpfen der Gegenwart Kraft gegen Kraft sieben muß, Rücksichtslosigkeit gegen Rücksichtslosigkeit. Was man als positives Ergebnis der neuen parlamentarischen Verhandlungen erwarten kann, ist aber nichts Ganzes und nichts Halbes, am Ende gar überhaupt nichts.

Das graue Elend.

Geh. Hofrat Frhr. v. Pechmann in München hat, da er auf seine Beforderung an den Handelskammerhundius Dr. Rocke ohne Antwort geblieben ist, folgendes Telegramm an Dr. Rocke gesandt:

Ich kann leider nicht mehr beweisen, daß die Presse aufrüttend berichtet hat und erklärt daraus mein Begehren zum Preußenbund für gelöst.

Behält dich Gott.

Ehemal und nicht wieder!

Doch man sich in konservativen Kreisen der erlittenen Schmach mit dem Preußenbund vollkommen bewußt ist, geht aus folgender Dresdener Meldung hervor, die die altenfreudige "Tägliche Rundschau" unter der Überschrift „Vestigiarum“ veröffentlicht: „Die Spuren schreden.“ veröffentlicht.

Wie verlautet, habe man auch innerhalb einiger konservativer Kreise in Sachsen die Gründung eines Sachsenbundes geplant. Nach dem Blattwesen dazu, was das vorerwähnte Rundschau gemacht hat, sollen aber die Spuren des verdeckten von dem Blatte wieder abgedrucken sein. Und das ist gut so.

Auch den Nationalen des Ruffenholz wird vor ihren Bundesgenossen bangen angehoben, der ehemaligen Männer

versuche, die sie im Deutschen Reich unternommen. Und die konservativen Herrschaften kriegen allmählich sogar Angst vor sich selber. Die berühmte Courage ist Ihnen in die Hosen gefallen.

Militarismus und Landarbeitermangel.

In der konservativen „Ostpreußischen Zeitung“ schreibt ein maurischer Agrarier:

Wohl noch nie hat sich die Arbeiternot auf dem Lande so fühlbar gemacht, wie in diesem Jahre. Die Viehreinstellung von 68 000 Rektoren hat uns noch des letzten arbeitsfähigen Bürgers bereaubt. Eine Rückkehr auf das Land ist erfahrungsgemäß ausgeschlossen, und der Landmann muß sich mit dem, was zur Dienst mit der Waffe a solut unbrauchbar ist und Ausländern befreien. Ein Material, das von Jahr zu Jahr schlechter wird und immer höhere Böhne fordert.

Dieses Eingeständnis ist recht interessant, zumal es aus Kreisen kommt, denen die Militärvorlagen der Regierung noch immer nicht umfangreich genug sind. So waren es ja die o'preußischen Konservativen, die im Reichstage mehr Kavallerieregimenter forderten, als die Regierung. Nämlich sie zehn Bataillone!

Folgen der Agrarpolitik.

Bei der Beratung des Landwirtschaftsgesetzes in der Budgetkommission des preußischen Zweiklassenhauses wies ein Fortschrittsler darauf hin, daß der Wertesteuer in Preußen in den letzten Jahren um 155.000 Städte und im Reich um 500.000 Städte zurückgegangen sei. Von den Agrarien wurde dagegen eingewendet, daß dies auf die Dürre und die Viehseuchen vor einigen Jahren zurückzuführen sei. Dem steht der Fortschrittsler wieder entgegen, daß die Statistik die Unrichtigkeit dieser Behauptungen beweise, und daß sich vielmehr ganz klar aus den Zahlen ergebe, daß der Beginn des Rückgangs der Viehzahl genau zusammenfällt mit der Einführung der Einfuhrsteuern, die den Agrarbau zum Nachteil der Viehzucht begünstigt und verstärkt, an einem Betrieb aufzuhören gehabt haben. Der Minister wurde demgegenüber nichts entgegenstellen, als daß der Großgrundbesitz für die Qualität des Vieches von großer Bedeutung sei.

Über die Einfuhrsteuern im gleichen Jahre berichtet Minister mit, daß sie ja praktische Ergebnisse nicht erzielt habe, daß aber Lieferverbündungen berichtigt worden und die einzelnen Gruppen einander nähergekommen seien. Die Einfuhr russischen Fleisches nach Berlin hörte am 1. April auf. Er werde aber, wenn wieder eine solche Zeuerung wie 1912 eintreten sollte, abermals zu solchen Maßnahmen greifen, die doch eine vorübergehende Erleichterung geschaffen hätten.

Es wurde auch über die Frage der ausländischen Landarbeiter gesprochen. Bezeichnend genug ist, daß es die Liberalen waren, die Besorgnisse äußerten, daß die Regelung der Auswanderung in Österreich und die von Russland angekündigte Maßnahme gegen den Zugang russischer Saisonarbeiter nach Deutschland die deutsche Landwirtschaft um ihre Arbeiter bringen könnte! Der Minister von Schorlemmer erklärte, daß Russland zunächst noch durch den geltenden Handelsvertrag zur Ausstellung von Landarbeiterpassen mit 10% Monaten Gültigkeit verpflichtet sei, und daß die Regierung bereits mit Österreich verhandele, um für den Fall der Annahme des dort eingebrachten Auswanderungsgesetzes die berechtigten Ansprüche des Deutschen Reiches sichergestellt. — Herr von Schorlemmer hält es also für einen berechtigten Anspruch des Deutschen Reiches, die Bürger des vertriebenen Österreichs, wenn sie als Landarbeiter nach Preußen kommen, als rechtslose Heilote behandeln zu lassen, die für jeden Widerstand gegen die Profugelliste und Rückflugslosigkeiten der Jäger über die Grenze geworfen werden können.

Auf eine Anfrage teilte die Regierung noch mit, daß die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften jetzt über die erforderlichen Unfallversicherungsbriefe erlassen und genügend Aufschlagsmittel angepeilt hätten.

Anträge zu den Babern-Gesetzentwürfen.

Das Zentrum hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag möge beschließen, den Herrn Reichskanzler zu erläutern, bei den Verbliebenen Regierungen dahin zu raten, daß die Vorstellungen für das Einheitsrecht des Militärs in politischen Angelegenheiten übernahmend in einer die Selbstständigkeit der Städte verhindern sollte geregt werden.

Die Nationalliberalen (Baffermann und Grau) stellen folgenden noch unbestätigten Antrag:

Der Reichstag möge beschließen: Der Reichstag nimmt die Ergebnisse von einer Versammlung der Landwirtschaftlichen Berufe über den Wissensgebräuchen Schule, vom 1. November 1913, an und fordert, daß die Landwirtschaftlichen Berufe der Städte und Dörfer, nicht in den Berufsbildungen der Städte und Dörfern, sondern in den Berufsbildungen der Städte und Dörfern, die für die Landwirtschaftlichen Berufe bestimmt sind, aufgenommen werden.

Wahltag erfüllt den Herrn Reichstagsler, das Ergebnis dieser Nachprüfung heißtigt dem Reichstag bekannt zu geben.
Die Beurteilung der Straßburger Urteile im Reichstag wird nun auf Weißblatt des Seniorennovellen trug. Wilhelm's Geburtstag doch heute Freitag beginnen.

Brennende.

Die alten Ecken und Enden Heindlichkeit gegen Preußen! Nun nehmen auch noch die braven Hamburger Stellung gegen den überwundenen Bundesstaat und geben ihrem Held und ihrem Habsburgischen Rückgrat. So wenigstens fügt die "Voß" den Geschluss des Kolonialkrieges hoffentlich werden soll.

Die Hanseaten verstehen sich auf ihre Forderung, die ja einem großen Teil aus der Wissenskunst zu erklären sein dürfte, deren sich Preußen von jeher innerhalb wie außerhalb des Reiches zu erfreuen gedenkt hat. Man sieht darum schein, daß ein Gerichtshof von so wichtiger Bedeutung nicht mit dem Namen vom erg verknüpft werden soll. Im ganzen handelt es sich hier wohl um einen Russlandkrieg, der noch immer verschwieligen Partikularismus, der nur ungern dem Reich und seiner Hauptstadt das gibt, das ihr von Rechts wegen kommt.

Die "Voß" beschreibt die Regierung, keber den Entwurf scheltern zu lassen, als der Verlegung des Kolonialgerichtshofes nach Hamburg zustimmen. So verstehen nämlich die Leute ihres Schlagens den von ihnen so stark bevorzugten bündestädtischen Charakter des Reiches. Preußen und seine Hauptstadt bekommen alles, die anderen nichts.

Gerote und Krankenassen.

Der Vergleich in Königsberg ist, wie gemeldet, vorläufig vereinbart. Das Oberversicherungsamt hat nach mehrjährigen Verhandlungen mit der medizinischen Fakultät und zu den Fächern der Aerzte deren hohe Forderungen fast unverändert gelassen und sie für angemessen erklärt. Die Einwendungen der Kassenverwaltung wurden nicht beachtet, und deren Vertreter wurden überhaupt nur zu einer kurzen Bezeichnung aufgezogen. Die Krankenassenverwaltung wird wahrscheinlich gegen den Weißblatt des Oberversicherungsamtes beim Ministerium protest einlegen.

In Brüssel haben die Aerzte den Streit erklärt und stellen diesen Freitag ihre Tätigkeit in der Behandlung der Krankenversicherten ein. Die Aerzteverbände sind in Deutschland höher als in jeder anderen Stadt in Deutschland. Die F. A. in der neu geschaffenen Allgemeinen Ortskrankenanstalt verhinderten Krankenstellen zahlten an Arzthonorar im letzten Abgungsjahr 8.08 M. pro Mitglied. Die Allgemeine Ortskrankenanstalt, die etwa 45.000 Mitglieder zählt, wollte dieses von hoher Honorar fürar noch um 15 Prozent erhöhen; die Aerzte forderten eine Erhöhung des Honorars um 25 Prozent. Sie fordern weiter unter allen Umständen die freie Arztwahl. Die Kasse bestätigte auf je 1.500 Mitgliedern einen Arzt auszuholen und bei zweier Einschränkung der Familienversicherung auf je 100 Mitgliedern einen Arzt. Die Aerzte waren bereit, unter d. v. der Kasse vorgeschlagenen Honorarhöhen bis 1. Januar 1916 weiter zu arbeiten, dann sollte ein Saatdauerrecht eingehalten, ob freie Wahl einschließlich werden sollte und wenn sollte dann über eine nochmalige Erhöhung des Honorars verhandelt werden. Darauf kommt die Kasse nicht eingehen, nur ist die Aerzte den Ersatz erlaubt. — Die Arztkrankenanstalten sind vollständig mit auswärtigen Aerzten verorgt.

Zunahme der Kaufpreise in Baden.

Die Kaufpreise in Baden haben wieder die von 1. September v. J. vorausnommene Zähung der Gewerbebetriebe, die ihrer Gewerbe aussicht unterstehen, beweist, daß die Industrieregion Badens ständig vorwärts schreitet. Man zählt 1.209 Betriebe mit 291.951 Beschäftigten. Die Zahl der leichten ist seit 1912 um 8149 gestiegen, die Betriebe haben sich um 529 vermehrt. Die größte Arbeiterszahl entfällt auf die in Baden stark verbreitete Fabrikindustrie; sie beschäftigt 42.688, in der Handels- und gewerblichen Betrieben. Dieser folgt das Metallgewerbe mit 18.818, in welchem allein die Wormser Gold- und Silberwarenindustrie 23.225 Personen stellt. In der Textilindustrie sind 26.699, im Rauchwaren- und Weberei- und Webereiunternehmen 26.000. Charakteristisch ist die starke industrielle Entwicklung der Frauen; es wurden in den Betrieben mit mindestens 10 Arbeitern 86.087 Arbeitnehmer beschäftigt. 28.074 von ihnen sind verheiratet; es wird also die weibliche Jugend zur Industriearbeit holt heran.

Verteidigung eines militärischen Ehredenkmal. Das Oberbürgermeister in Bellingen hat am Mittwoch nach neunstündigem Beratung das aus fünf Jahren Gesetzzeit laufende Urteil gegen den Russekritiker bestätigt. Letzter hatte sich bei einer Sonntagsausfahrt zu seinen Anhängern und einem Unteraffaire gegen letzteren tödlich verjagt.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen.

„Ich bitte um Entschuldigung, Papa, daß ich im Regale komme, ich war im Begriff, zu Bett zu gehen, und August stand es so eilig.“

Der Vater stand noch immer an dem Tisch, die eine Hand aufgestützt, ihm den Rücken zuwenden, ohne zu antworten. Das Schweigen des Vaters legte sich wie ein Schleier über Clemens' Seele, er schaute mit einer gespannten Erwartung die dunkle Vergangenheit ab: „Was wolltest Du, Papa?“

„Zuerst Dir bitten, diesen Brief zu lesen“, sagte der General, „das langsame Sammeln und auf ein Blatt, das vor ihm auf dem Tische ausgebreitet war, mit dem Finger deutend.

„Ein Brief? von wem?“

„Dann würde ich ihn nicht gelesen haben; ich habe ihn gelesen.“

Er war von dem Tisch zurückgetreten, und ging, die Glühbirne auf dem Rücken, langsam zwischen den Säulen in den Zimmer und wieder, zwischen Säulen und breiteren Stufen, wo eben der Vater stand, über den Platz mit dem Sand zu nehmen.

„Die Kommandantur war damals genau — las.“

„General, Sie sind sehr besorgniserfüllt.“ Der General!

„Um Spionage zu verhindern müssen solche Unterabteilungen, das der eingeschlossene Soldat nicht entdecken kann, das Geheimnis auf eine Weise gehalten zu halten, welche das Soldat nicht kennt und das möglichst zu gefährden kann.“

„Es handelt sich aber nur um eine Kommandantur, welche der General, der seine Kommandantur von Wertheim, seit längerer Zeit mit der Tochter eines Soldaten, der zweiten Kommandantur, zusammenlebt, und welche die beiden zusammen wollen.“

„Sie sind sehr besorgniserfüllt.“ Der General!

„Um Spionage zu verhindern müssen solche Unterabteilungen, das der eingeschlossene Soldat nicht entdecken kann, das Geheimnis auf eine Weise gehalten zu halten, welche das Soldat nicht kennt.“

Ein sozialdemokratisches Kirchenrat. Bei der Wahl zur Kirchengemeinde in Altenburg, Am Waldshut in Baden, gaben von 84 abstimmbaren 80 sozialdemokratische Stimmen ab. Die Verwaltung dieser katholischen Kirche liegt sonach in den Händen unserer Parteigenossen.

Wie man diese Kirche kennt, findet sie sich auch damit einstimmig ab, genau so, wie sie bisher Republiken und Monarchien als die gottgegebenen Staatsformen verehrt. Es kommt ganz darauf an, wer die Macht hat.

Ausbau des Reichsrechtes. Die nationalliberale Reichstagsfraktion steht zu der Verzettelung des Justizialen den Anteil, einzelne Teile des Reichsrechtes noch vor der Umgestaltung größerer Rechtsgebiete zu verbessern. Als besonders dringliche Gebiete werden bezeichnet:

1. die Behandlung der Geisteskrankheit im Zivilprozeß und im Strafrecht,
2. den Schutz der Ehre in materiellrechtlicher und prozeßrechtlicher Beziehung,
3. den Schutz der Bildender gegen böswillige Schuldhörer,
4. die Errichtung einer Mobiliarhypothek mit Zwangsauktion,
5. die Einrichtung der Übersetzungen,
6. die Belebung des Verfahrens im Zivilprozeß und Strafrecht,
7. die Ausdehnung der schöffengerichtlichen Zuständigkeit,
8. die Einrichtung des Neutralitätsprinzips im Strafrecht,
9. die Zulassung der Volksschullehrer als Schöffen und Geheimräte,
10. die rechtliche Erziehung der Kinder aus Misereben.

Der „Schuh der Feindwilligen“ steht also noch, dafür soll aber wohl Nr. 2 eine Verschärfung des Beleidigungsparagraphen bedeuten.

Noch einer, der freiesprochen sein will. Was Unrat das müssen Urteil im Straf-Prozeß vor dem Obersteigericht wider den Generalleutnant Lützow und Genossen beabsichtigt der Verteidiger des Verteidigers Maxmillian Brand, Rechtsanwalt Dr. Siegfried Löwenstein betreut der Verteidigung Brand, das Wehreraufnahmeverfahren zu bearbeiten. Das Urteil ist rechtsträchtig, da weder die Staatsanwaltschaft noch die Anklägerin Revision eingelegt haben. Ob bezüglich Eccles d. s. Wiederaufnahmen erschlagen werden soll, war höchst nicht zu erfahren.

Thronimitation Oberst v. Reuter. Der Verein ehemaliger Artilleristen in Rassel hat den Oberst v. Reuter, der früher als Major bei diesem Regiment stand zum Ehrenmitglied ernannt. Reuter hat der Verein dem Regiment Nr. 99 eine große Goldene Medaille in Gold-Schwarz überreichen. — Über den Geschmack läßt sich nicht streiten.

Baden gegen Mooren. Unter dem Titel „Centrum“ katholische Weltanschauung und praktische Politik“ ist Karl Wachsmuth eine Antwort auf die „Gegenseite“ des Geheimrat Roeren „Centrum und Kaiser-Macht“ reichlich lassen, die sich vor allem gegen die Moorenische Karmel, das alles politische Handeln im Elsass mit der katholischen Weltanschauung zu bringen sei, wendet. Es geht wie die höchste katholische Autorität miederkost aneck nicht habe, rottierte von der Religion nicht berührte Fragen, die in voller Freiheit so zu entscheiden seien, wie ob der Anteil des Gemeinwohles nach dem urchristlichen Grundsatz jedes Bürgers und jeder Partei erhebe. Auch Wachsmuth bekannte seine Antichristus durch eine große Anzahl von Beispielen. Nebenfalls mich seine Scheit den Tripp im Karlsruher Lager aufs neue entfachen.

Das elterliche Mädelkrieg. Wie die „Neue Zeitung“ von Karlsruhe und anderen zusammenfassen: Elternhalter wird General von Orléans, der lokale Kommandeur des 14. Armee-Korps, Staatssekretär der kleinen Verkehrsminister von Buttstädt, Unterstaatssekretär des Innern des Reichs-Präsident von Hessen in den Unterrichtsminister der Justiz, der Oberlandesgerichtspräsident Molitor.

Rehs Verfahren gegen Burger. Rechtsanwalt Burger erhielt nach einer Mitteilung aus Straßburg die Meldung über eine angeblich neuen Lehre ausstellungen führt die Raberner Prognose gegen ihn als Reversoßier eingeleitete Unterforschung für vollkommen urrichtig und grundlos.

Die Reichstagswahl in Gander-Günzbaum für den Grafen Mieloch ist, wie aus Bösen gemeldet wird, auf den 17. März angelegt.

Ein alter Arbeitervater geworden. Der Herausgeber der „Berliner Politischen Nachrichten“, Victor Schweinsburg ist im 60. Lebensjahr gestorben. Victor Schweinsburg war es, der vor Gründung des Reiches banden die bürgerlichen und grundsätzlichen Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie postulierte.

zobalen Denner tot zu bestehen; im Gegenteil, der Unterzeigte kann sich im vorwärts die schmerzhafte Überraschung ausmalen, welche Ed. Hochwolfsgeboten bei Leistung dieser Zellen empfinden dürfen; aber, Ed. Hochwolfsgeboten, der Unterzeigte ist auch Soldat gewesen und weiß, was soldatisch Ed. Ehe gehabt — und er hat es nicht länger mit anfangen können, daß mit der Ehe eines so braven, hochverdienten Offiziers hinter seinem Rücken ein freudiges Spiel getrieben wird von demjenigen, der mehr als jeder andere zum Wächter eben dieser Ehe berufen schint.

Der Unterzeigte glaubt, daß es nach dem Obigen keiner besonderen Verfehlung der ungemeinen Hochsichtung bedarf, mit welcher er Ed. Hochwolfsgeboten und Ed. Hochwolfsgeboten genauer Kenntnis treuer Verfechter.

Der General hatte seinem Sohne mehrere Minuten Zeit gegeben; jetzt, als Ottomar noch immer regungslos vor sich stand — mit die Hände nieder gehalten an der Kastenklappe —, blieb er, durch die Länge des Zimmers von ihm getrennt, stehen und sagte:

„Hast Du eine Ahnung, wer diesen Brief geschrieben hat?“

„Nein.“

„Hast Du den letzten Brief, die Dame, um die es sich handelt.“

„Um Gottseggen!“ rief Ottomar heftig.

„Ich bitte um Verzeihung, aber ich bin in der heimlichen Lage, Fragen zu stellen, ob Du mir die Erfahrungen, welche ich erwartete, tatsächlich bleiben zu wollen scheinst.“

„Das soll ich hier erst tun?“ fragte Ottomar mit verdrossenem Gesicht.

„Zuerst mich danken — das kostet kaum eine Minute.“

„Zuerst mich danken — das kostet kaum eine Minute.“

„Bei jedem Mann, mein Sohn.“

Nußland.

Ein neuer Balkankrieg in Sicht.

Der „Danin“ beurteilt die Wiedereroberung der diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei in sehr geringem Optimismus. Das der türkischen Regierung noch siehende Blatt schreibt: „Wird die Großmächte mit viel Voten bombardieren, als sie wollen. Sie werden niemals eine günstige Antwort bezüglich der Abtretung der Insel Chios und Molyvos erhalten. Wenn der neue griechische Gesandt dessen Amtsantritt mit einem Konflikt beginnt, nur die üblichen Intrusionen hat und Griechenland fortfährt, sich hinter Europa zu verschanzen, dann tut man gut, von der Wiedereroberung viel zu erwarten.“

Das Blatt meldet weiter, die Griechen hätten auf der Seite des, die sie während des Wasserschlusses widerstellt haben, besiegelt hätten. Ausgrabungen vorgenommen und das Grab eines Königs, das einen Schatz enthalten habe, aufgedeckt. Die Flotte habe Schritte wegen der Räuberstattung des Altertums unternommen.

In Wien heißtt man mit großer Besorgnis auf die Entwicklung der Dinge in der Türkei zu blicken. Langsam scheinen sich die Ereignisse der letzten Wochen zu einem bestimmten Zusammenhang zu formen und alles deutet darauf hin, daß ein neuer Balkankrieg vor der Tür steht. Daß der Griechenminister Emperors mit der Rückstellung der deutschen Mission die wohlwollende Neutralität Russlands für seine kriegerischen Unternehmungen erkaufen wollte, kann nun mehr als zuviel hoffen. Bei diesen Unternehmungen diente auch ein Zusammenschluß in Europa an. Der türkische Siedlung Sofia ist nach Konstantinopel zurückgekehrt, er soll verschiedene Institutionen für Verhandlungen mit der bulgarischen Regierung einzugeben. Die Worte will an sie das Anerbieten richten, einen neuen Krieg gemeinsam mit Bulgarien zu beginnen, der sich gegen Griechenland und Serbien richtet. Daß man von diesen Wahlen bereits Kenntnis hat, darauf weisen die Rücktritte der Griechenlands hin. Wie aus Wien nach Wien gerichtet wird, sind bereits Mobilisierungspläne in Vorbereitung.

Vorbereitungen zum Nationalkongress.

Gegenwärtig finden innerhalb unserer französischen Verbündeten die Deputierten-Kongresse statt, um Stellung zu dem zweiten heiligen National-Kongress der Partei zu nehmen. Der National-Kongress wird in Paris stattfinden. Auch die deutschen Genossen dürfen es interessieren, welche Stellung die französischen Genossen zu einzelnen Fragen einnehmen.

Die Deputierten des Departements Alpes erklären, daß bei den Wahlen keine sozialistische Stimme den Kandidaten des Rechts, seinem Kandidaten, der sich zu der Politik Strands, Barbus und Boissiers bekenne oder der für die Bekämpfung der militärischen Dienstzeit gestimmt habe, auslösen dürfe.

Die sozialistische Föderation des Departements Ain ist fest in der Revolution, da es notwendig ist, die Wahlzettel zur Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu benutzen und die Kandidaten überall aufzustellen, wo es nötig und notwendig ist. Sie erfordert, daß diese Kandidaten den Wahlkampf als Arbeiterkandidaten führen müssen, die nur in der Unterstützung der kapitalistischen Gesellschaft in eine Kriegswirtschaft oder kommunistische, die vollkommen und enstaltige Befreiung der Arbeiterklasse erbringen. Die Revolution verlangt dann wieder im Hinblick darauf, daß bei allen Aktionen der Partei, also auch bei Wahlen, in erster Linie das Interesse der Arbeiter, das Arbeit und deren Verteilung maßgebend sein müsse, den entgegengesetzten Maßnahmen des konservativen Regierungs.

Die Deputierten der Kongresse der Departements Seine (Paris), Hautes et Basses-Alpes, Aveyron und Landes sprechen sich ähnlich aus. Voneckensens ist die Revolution der Kämpfer von Haute-Garonne, in der es heißt: Die sozialistische Partei muß eine selbständige Partei bleiben. Als Kämpferpartei und Partei der sozialen Ummaut muss sie eine Partei der Opposition gegen den bürgerlichen Staat sein. Sie wird in Konkurrenz dessen wieder herstellen können, ohne sich der Gefahr auszusetzen, Verwirrung in Bezug auf ihre Lehren und ihre Taktik in die Massen zu bringen. Selbstverständlich soll die Partei jede Partei, die die materielle und moralische Laune der Arbeiterschaft erzeugt, unterstehen.

Der Deputiertenstag von Gare wandte sich gegen den Genossen Herre, der in der letzten Zeit einige Parteidiensten in einem Blatt „La voix sociale“ systematisch beendete.

Alle Deputiertenkonferenz fordert die Abschaffung der dreijährigen Dienstzeit und die Einführung des Militärdienstes.

Die Deputiertenkonferenz zeigt, daß ein klarer und entschiedener sozialistischer Geist unsre französischen Genossen befehlt, diese geben dadurch das Bild einer leidenden Einmilitärität im Wollen und Handeln unserer Bruderpartei jenseits der Bogen.

Ihn nur den eingeborenen Instinkt des Gentleman gegen einen Menschen, der in seinen Augen kein Gentleman ist; aber es könnte ihm leicht, sich hinter dies dumme Gefühl verteidigen zu wollen.

„Nein!“ sagte er groß.

„Du hast die Dame mit Deinen Verhältnissen bekannt gemacht?“

„Für allgemeinen: ja.“

„Unter anderem damit, daß Du entsteht, sobald Du eine Dame, die nicht von Ed. ist, betrates?“

„Nein!“

„Das war ein wenig unvorsichtig; indessen, ich begreife es. Aber im allgemeinen, sagt Du, damit sie die Schwierigkeiten, die auch im günstigsten Falle eine Verbindung zwischen ihr und Dir haben möchte?“

„Ja!“

„Doch Du sie je fassen lassen, daß Du weiter Willens, noch umsonde festst, die Schwestern zu besiegen?“

„Nein!“

Wissenswert. Der Zar empfing im Winterpalais das Antritt der fünftausigen Delegierten der Gewerkschaften und Einrichtungen die in Petersburg anwesenden Gewerkschaften und richtete an sie folgende Worte: „Ich spreche die gesetzliche Auversicht aus, daß keine Liebe in der Landshaft in einer Einigung mit meiner Regierung von der unbegrenzten Sorge für die unzähligen östlichen Bedürfnisse der Bevölkerung und für ihr Wohl durchdringen und bestehen wird. Die weite Verbreitung der östlichen Bedürfnisse erkennt als Hauptunterstand für die Entwicklung und den Ausbau des Wohlstands des osmanischen Staates. Meinen ersten Augenblicken ist dar, das, treu lebend historischen Überlieferungen, ähnlich ist in der Liebe seiner dankrakten Söhne und stolz auf ihre unvergängliche Ergebenheit für unseren Thron.“

Das Volk ist aber gar nicht so „glücklich in der Liebe“ zu Nikolaus. Am Donnerstag, dem Jahresende der Demonstration von 1905, demonstrierten Tausenden von Petersburger Arbeitern gegen den Zarismus. Selbst die schärfsten Zelogramme reden davon, daß in der Hauptstadt 70 000 Freiwillige arbeiter in den Streik gerieten sind. Ihre wirtschaftliche Zahl ist natürlich viel größer. Die Arbeiter sorgen bei ihrem Aufmarsch aus den Fabriken revolutionäre Lieder. Auf dem Pjuschy-Protest und der Samarastraße kam es zu großen Demonstrationen. Die Polizei ging mit blauem Säbel gegen die Menge vor. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Auch in anderen Städten des Russischen Reiches demonstrierten große Arbeitermassen in gleicher Weise.

Die Vorbereitungen der Ochrana. Der neunte Jahrestag des Petersburger blutigen Sonntags hat eine rege Tätigkeit der Ochrana herverufen, um den Demonstrationen der Arbeiter und Studenten zu begegnen. Der Chef der Ochrana, Oberst v. Stolzen, ließ im Vorort Parafolow eine Gruppe von Separatorenrevolutionären auflösen; als sie durch die Polizei überwacht wurden, feststellte sie, dass sieben Männer unter den Verhafteten befindet sich der Sohn des Generalmajors Schef in Orel, ein gewisser Müller, der das Kavalleriekorps in Orel verlässt hat. Auch in Petersburg selbst wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Eine Gruppe revolutionärer Studenten und Studentinnen wurde bei der Herstellung roter Fahnen festgenommen, auf denen mit mächtigen weißen Buchstaben die Antrittsrede „Nieder mit Reaktion“, „Hoch politische Freiheit“ eingedruckt wurden. Verordnete Verhaftung dreier Personen befremdet, dass sie in dem „Inseland“ eingetragen waren, um an den Demonstrationen teilzunehmen.

Umwälzung in Wuoden. Wie aus Wuoden gemeldet wird, hält man dort den Ausbruch einer neuen Revolution für sicher und glaubt sogar, daß die Umwälzung überziehend schnell eintrete. Aus Kürsier hierüber steht der Handel in der Handelsküste brach. Auf dem Balkan werden keine Abhölfüsse mehr gemacht und im Innenhandel wurde der Kredit auf ein Minimum eingeschränkt.

Ein neuer Angriff der mexikanischen Rebellen auf Torreon. Der Rebellenführer Villa hat den Kampf vor Torreon begonnen. Der Zug nach Mexiko ist beendet worden. Von europäischen Bankiers sind Guerilla zwanzig Millionen angeboten worden.

Der Auftand auf Haiti. Die Meldung aus Haiti, daß die Revolutionäre Kapo hatten eingeschlossen haben, wird bestätigt. Sie sollen auch ein Kriegsschiff erbeutet haben.

Schlesien und Bosen.

Gottschberg, 23. Januar. Ein seltsamer Fall von Feuer ereignete sich in heiterer Gegend. Ein Besitzer aus der Umgegend hatte hier ein Pferd verkauft und über mit seinem zweiten Geppann nach Hause. Auf der Heimfahrt hörte er ein fohrgeschnelltes Grappel hinter seinem Wagen und als er sich umwandte, sah er das von ihm verkaufte Rößlein jüngelos und munter hinter dem Wagen hertrab. Es hatte sich seinem neuen Besitzer entzogen, war dem alten Herrn treu geblieben und folgte auch bis in den altheimischen Stall. Erst am nächsten Morgen wurde es von dem neuen Besitzer wieder abgeholt.

Württemberg, 23. Januar. Kleinbach-Gründung. Die Öffnung der neuen Kleinbahnstrecke Haasdorf-Württembergsdorf wird voraussichtlich am 1. Mai dieses Jahres erfolgen.

Gottschberg, 23. Januar. Der Notarzt soll sich der 22-jährige, breiter unbekannter junger Paul Frank aus Landeshut jetzt in Meißen aufgehalten. Er ist am 25. Oktober zu Landeshut an einem noch nicht 16 Jahre alten Dienstleiter schwer verletzt worden. Die Offizialität war während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Nach dem menschlich verstandenen Urteil hat sich der Angeklagte nicht des Schülzungsverbrechens, sondern nur der tatsächlichen Beleidigung schuldig gemacht. Bei der Schwere und Roheit der Tat, die fast an die des Verbrechens heranreicht, hält das Gericht aber eine Bewährungssstrafe von vier Monaten für angemessen.

Petersburg, 23. Januar. Feuer im Giseller. Um Dienstagabend brannte die Decke des Gisellers der Niederschlesischen Altkäserei. Durch ein defektes Dienstrohr waren die Saugspäne, die zum Säubern dienen, zum Brennen gekommen. Obgleich man bald mit Wasser und Eimer zur Stelle war konnte man doch nicht die glimmenden Schäfte vom Herd entfernen. Erst als die Feuerwehr die Decke und Seitenwände eingeschlagen hatte und mit einigen Schlauchleitungen dem Feuer zu Leibe rückte, wurde es bewältigt.

Görlitz, 23. Januar. Ein Schloßbürger ist gestrichen. Hier besteht seit sieben Jahren eine siedlische Volksbücher und Zeitung. Das Büchereinstitut ist das Werk eines wohlhabenden Büchers. Zeitungen und Zeitschriften aller Parteien und der Görlitzer Volkszeitung. Jetzt hat der Magistrat eine reale Schenkung vorgenommen: Das sozialdemokratische Zentralorgan und das Görlitzer Parteiblatt sind nicht mehr unter den anderen Zeitungen zu finden. Ein Blatt befähigt „Pommeria“ und „Görlitzer Volkszeitung“ hängen neben dem Beamtentisch!

Wir dieser Maßnahme gehen die sozialdemokratischen Blätter, die der Magistrat die bisherige Neutralität, die er auch bei der Gründung der Lesehalle versprochen hat, gebrochen. Gedenken die vernünftige Absicht des Magistrats, durch seine Erkundung die Lese der sozialdemokratischen Presse zu kennzeichnen muss, aber aufs gräßlichste provoziert werden. Im Süden ist die Maßnahme des Görlitzer Magistrats geplant, die Stadt Görlitz beim Sejm beauftragt, „Pommeria“ und „Görlitzer Volkszeitung“ hängen neben dem Beamtentisch!

Feuerwehrvergnügen. Großeuer entstand im nahen Altenbort, in der Witwerschen Weberei, während die Feuerwehr beim Feuerwehrwettbewerb antrat. Das Feuer hatte in den Räumen der Weberei bereits große Ausdehnung gewonnen, als es nach Uhr nachts beseitigt wurde. Die Flammen schlugen aus vielen Fenstern und brannten schon den Dachstuhl durchbrochen. Als Feuerwehrwettbewerb blieben vergleichlich und nach kurzer Zeit stand die ganze Weberei über und über in Brand, während starke Funkenregen die Nachbarsgebäude leicht entzündete. Diese konnten erhalten werden, während die Weberei vollständig zerstört wurde. Als Feuerwehrwettbewerb wurde das Feuerwehrwettbewerb gestartet.

Silesien, 23. Januar. Gefangen der Arbeit. In der Silesienabtei hat sich ein Unfall ereignet, bei dem zwei von

Menschenleben kosten konnte. Ein Arbeiter sollte einen mit Gas gefüllten Ballon über transportieren und stürzte dabei ab. Der alte schwere Ballon fiel dem Arbeiter auf den Kopf und verletzte ihn so schwer, dass er ins Krankenhaus überführt wurde. Ein anderer, dass der Ballon nicht zerprang, sonst wäre der Arbeiter mit dem Leben nicht davon geskommen.

Das kommt davon. Ein weiteres Vorleben wird als wahre aus einem Dörfchen der Umgebung berichtet. Der dort ansässige Lehrer ist zu gleicher Zeit auch Organist. Für diese Tätigkeit beanspruchte er eine Entschädigung, die ihm aber verweigert wurde. Am letzten Sonntag, als die Gläubigen in der Kirche ihre Stimme zur Wahl der Ehre Gottes erlösen lassen wollten, streute die Orgel und gab seinen Laut von sich Gang- und Klängen mussten die Gläubigen von dannen jagen.

Großraum, 23. Januar. Nachdem es zum Schiffstreit zwischen dem Schiffsverein und dem April 19. kam, kamen die Arbeitswilligen Elsermann aus Sobranie und die Schiffsleute Otto und Bruno Bode aus Lübeck, deren Fahne kurz vor Glogau standen, per Rad nach Lübeck und feierten ausgerechnet in dem Hotel ein, in dem sich das Streikbüro auf befand, was ihnen auch nicht unbekannt war. Da Elsermann von der Organisation 1000 Untertützung erhielt und trotzdem die Arbeit aufnahm, erlitt ihn der Leiter des Streikbüros, der Schiffer Sommer, in zügigen Worten um Entschuldigung der Summe. Darüber kam es zu einem kleinen Streit, durch den die als empfindlich bekannten Elsermannschen Elemente sich beleidigt fühlten. Vor dem heiligen Schiffergericht stand jetzt ein die Verhaftung statt, in der die Arbeitswilligen behaupten, auch einige Orteigen bei dem Wettbewerb erhalten zu haben. Obgleich das die Angeklagten Sommer und Elsermann ganz energetisch bestritten und dies auch durchzeugt wurde, schenkte das Gericht den Arbeitswilligen mehr Glauben. Mit Recht wie Rechtsanwalt Baudmann-Breslau auf das prorogierende Gericht der Arbeitswilligen hin, die nur zu dem Zweck in das Hotel der Streikbüros gegangen, um diese zu zeigen. Das Gericht verurteilte aber trotzdem die beiden Angeklagten zu 20 und 10 Mark Geldstrafe.

Hoffentlich ziehen die Schiffer aus dem Verhalten der arbeitswilligen „Auchkollegen“ die nötige Lehre und lehnen jeden Verkehr mit solchen Elementen ab.

Bosen, 23. Januar. Das zivilrechtliche Nachspiel zu Blume-Prozeß kam vor dem Oberlandesgericht zur Verhandlung. Bekanntlich hat der Vater des verstorbenen Dr. Blume den Antrag gestellt, das nachgeborene Kind der Frau Eva Blume nicht als leibliches anzusehen; durch Urteil des Landgerichts ist aber zugunsten des beschuldigten Kindes entschieden worden. Das Oberlandesgericht als Rechtsinstanz hat den gestellten Beweisanträgen stattgegeben und wird erst nach erledigter Beweisaufnahme neuen Verhandlungsstermin anberaumen.

Bosen, 23. Januar. Erbschaft. Zu Berlin der Sitzung teilte der Stadtvorsteher mit, daß die verstorbenen Frau Dr. Justizrat Grima die Stadt Bosen zu ihrer Erbin eingesetzt hat. Das Erbe beträgt 400 000 Mark, wovon nach Abzug von Legaten usw. an die Stadt etwa 210 000 Mark fallen dürften.

Neueste Nachrichten.

Die pommerschen Preußen.

Cottbus, 23. Januar. Gestern fand hier ein außerordentlicher Parteitag der pommerschen Konseriativen statt, der von mehr als 4000 (?) Personen besucht war. Nach einem Vortrag des Generals der Kavallerie v. Dickehoff über Kaiser gewillt über pommersches Territorium im Range der Gaberner Vorgänge wurde auf Anregung des Präsidenten des preußischen Adelsgesetzengesetzes, Grafen v. Schwerin-Löwitz, folgende Entschließung angenommen: „Die heut zu mehreren Tausenden auf diesem Parteitag versammelten pommerschen Konseriativen erheben in dem bei den letzten Reichstagswahlen herausgetretenen Bestreben der demokratischen Parteien, die konstitutionellen Grundlagen der Reichsverfassung im Sinne nationalsozialistischer Regierung zu verteidigen, und in die über alle Kommandogewalt des Reiches einzutreten, zu verzetteln die größte Gefahr für den Bestand des Reiches. Sie sind bereit, mit allen Mitteln und Parteien gemeinsam zu arbeiten, die noch jetzt auf dem Boden unserer monarchisch-konstitutionellen Reichsverfassung stehen. Sie erwarten, daß die Regierung unentwegt und entschlossen jeder Verschiebung dieser Grundlagen und jedem Angriff auf die oberste Kommandogewalt des Reiches mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegentrete und wieder hierin die Regierung stets auf das fröhlige unterstützen. Nach Annahme dieser Resolution wurden Zustimmungstelegramme an den Kriegsminister und an den Obersten d. Heeres abgesandt.

Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes?

Berlin, 23. Januar. Gerüchte über einen nahe bevorstehenden Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes waren hier gestern im Umlauf, dessen Richtigkeit jedoch bisher noch nicht nachgeprüft werden konnte. Während nun bereits die „Deutsche Tageszeitung“ die neuerlichen Gesichte über einen Wechsel in den leitenden Stellen des Auswärtigen und des Kolonialamtes demonstriert und auf Grund authentischer Informationen zu der Feststellung ermächtigt, steht nun dar, daß an diesen Gerüchten kein Wahnsinn ist, will „die Post“ in leichter Stunde aus überlänger Quelle erfahren haben, daß der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Dr. Solti, seinen Urlaub vorzeitig abgebrochen habe. Diese Unterbrechung hängt zusammen mit dem bevorstehenden Rücktritt des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Jagow, an dem nicht mehr gearbeitet werden kann. Als Nachfolger des Herrn v. Jagow ist Dr. Solti in Aussicht genommen, an dessen Stelle Kreuzer v. Reichenberg, der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, treten soll.

Gegen die Militärgesetzbarkeit.

Berlin, 23. Januar. Der „Brockdorff“ meldet: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages braucht folgenden Antrag ein:

Den Reichstagsvater zu erlauben, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den unter Aufsichtung des Militärgesetzhauses Militärpotenzen des aktiven Heeres und der aktiven Marine und die Fragen im S. I. der Militärstrafgerichtsordnung, angenommen, Personen der bürgerlichen Strafgerichtsbarkeit unterstellt werden.

Mehrzigaretten-Monopol?

Berlin, 23. Januar. Die Haushaltungen bei den Zigarettenfabrikationen werden mit dem geplanten Gesetzung eines „Staatsmonopols“ aufgehalten werden. Von einer Wirtschaftszeitung wurde dem „S. C.“ mitgeteilt, daß bei der Realisierung schon jetzt länger auf Großgrundfläche ein Raum für ein Monopol eingerichtet ist. Es besteht im Reichstag, ein Jahr ein Monopol einzuführen. Es ist bereit, im Reichstag, ein Jahr ein Monopol einzuführen. In Dresden sind Berichte aufgetaucht, daß die Staatsmonopolie die Preisgestaltung anstrebt, weil der Betrieb leicht, kostengünstiger ist. Es ist zu erwarten, daß die Staatsmonopolie die Preisgestaltung anstrebt, weil der Betrieb leicht, kostengünstiger ist.

Geschäftung eines Opfers.

Berlin, 23. Januar. In der Wohnung eines Ingenieurs in der Sachsenwaldstraße in Steglitz erschien gestern ein Verlierer Stahlmutter mit mehreren Beinen und nahm eine Dauschung vor. Das Resultat war, daß er verhaftet wurde. Es soll sich bei der Verhaftung um ein Interesse der Bandesverteidigung gehandelt haben.

Zur Reichstagssatzwahl im Wahlkreis Samter-Sternbaum.

Bosen, 23. Januar. Weihbischof Litowksi verzog den Gottesdienst an der St. Nikolai-Kirche im Wahlkreis Samter-Sternbaum für die Wahlssatzwahl zu Landesterritorium. Das Lokalwahlkomitee beschloß infolgedessen, dem Centralwahlkomitee den Grafen Franz Kwieciet Dobrojewo von Tarnow-Słomowo und von Myszkowski-Barwick als Kandidaten vorzuschlagen.

Zwei Kinder verbrannten.

Elles, 23. Januar. In der Gemeinde Bottrop verwendete die zehnjährige Tochter eines Bergmanns beim Feuerzeugen einen Verbrennungsbrand. Die aus dem Ofenflamme entstandene Flamme lag in dem zweiten Kleinkinder des Kindes lagen. Beide Kinder verbrannten. Der zu Hilfe eilende Vater erlitt schwere Brandwunden.

Der russische Demonstrationskreis.

Petersburg, 23. Januar. Die Zahl der Arbeiter, die gestern in Petersburg die Arbeit niedergelegt, betrug nach amtlichen Angaben 110.804. Wegen des Abgangs revolutionärer Arbeiter und demonstrativer Ausschreitungen wurden 154 Arbeiter verhaftet, wobei dreimal fruchtbare Versuche unternommen wurden, die Verhafteten zu betreuen. In einem Falle gab ein Schuhmann, um eine aus vierzig Mann bestehende Arbeitergruppe abzuwehren, zwei Schüsse ab, ohne jemand zu verletzen.

Interpellation wegen der Gazellenkulturen.

Wien, 23. Januar. In der gestrigen Sitzung des Nationalratshauses brachten die Abgeordneten Mro und Genossen eine Interpellation betreffend der Verlauf von geschätzten Gazellen- und Reinkulturen an den Konsulat des Großfürstentums Kroatien in Frankfurt am Main leitenden des Instituts Kroatisch-Museum in Wien ein. In der Interpellation heißt es u. a.: Im Verlauf des gegen den vielseitigen Kroatisch-Museum geführten Schurzprozesses wurde vom Gerichtshof festgestellt, daß dieser Mörder von dem Wiener Institut Kroatisch-Museum Reinkulturen der furchtbaren Bestien, wie Löwe, Wolf und Scholerabgallen bezogen hat. Die Interpellanten fragen die Minister, ob sie genutzt sind, sofort verschärfe Bestimmungen und bestrafen der Schichtung und des Verlaufs von Gazellen- und Reinkulturen zu treffen.

Er will es wagen.

Wien, 23. Januar. Der Prinz zu Wied hat die Großmächte verständigt, daß er in den ersten Februartagen einen Besuch in Wien und Rom machen und sich dann nach Italien begeben wird.

Hofft macht Schule.

Paris, 23. Januar. Ein schreckliches Verbrechen ist in Cambrai entdeckt worden, das in gewisser Hinsicht an die Tat des Frankfurter Gisimilfers Hoff erinnert und das vielleicht durch die Leidenschaft des Provinzherzogs angeregt worden ist. Eine 80 Jahre alte Frau namens Ottiwi Leconte, vergiftete vor acht Tagen ihren Vater, einen 60 Jahre alten Mann, mit Arsenik und brachte gestern ihrem Bruder Jules Leconte gleichfalls dasselbe Gift in Speisen gemischt bei. Die Verurteile hatten zuerst den Tod des alten Mannes der außerordentlichen Rücksicht zugestanden, zumal er im Freien gearbeitet hatte. Nach dem nunmehr erfolgten Tode des Bruders des Mörders schritt man zur Obduktion und entdeckte in der Leiche Spuren des genannten Gifte. Ottiwi Leconte wurde sofort verhaftet. Man konnte ihr nachweisen, daß sie sich das Gift vor zehn Tagen beigebracht hatte.

Einführung eines Denkmals.

Paris, 23. Januar. Wie aus La Rochelle gemeldet wird, ist der Michelin-Turm, der zur Erinnerung an die Belagerung von 1628 errichtet worden war, gestern eingestürzt. Die Schuld an dem Unglück soll ein ehemaliges Kohlen Schiff tragen, das entgegen dem Verbot am Fuße des Turmes festgelegt hatte.

Dies ist endlich mal etwas Neues in einer Zeit, wo man nur von errichteten Denkmälern hört.

Hebungsversuche des „A“ 7.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des gejagten Untergeschosses „A“ begonnen. Das Wetter war rauh und stürmisch. Trotzdem liegten die Männer hin und standen das Schiffsdeck fest. Das ist einzigartig.

Baden, 23. Januar. Unter ungewöhnlichen Schwierigkeiten wurde gestern nachmittags mit der Hebung des

Jasmatzi & Söhne-Cigaretten

wohlgemerkt und Söhne

sind deutsche trustfreie erstklassige Fabrikate.

Unsere Spezialmarken:

Babosohka 14

Muffli 24

Matinée 2½-3 4

Jas 3-5 4

Hansom 5 4

Jasmatzi & Söhne - Fabrikate nur echt mit Vignette und Bild ihres Seniors.

Vertreter:

W. J. Zubrowicz, Breslau
Goethestrasse 60, Tel. 9657.

18483

Stadt-Theater.

Freitag, 7½ Uhr:
„Die Entführung aus dem
Sarai.“

Dienstag:

Ruhiges Tänze.

Sonntagsabend, 7½ Uhr:

„Der Freitrich.“

Samstag, Abend 8 Uhr:

„Markt.“

Die Ausgabe der vorgetragenen Eintrittskarten für die fünfte Aufführung von „Markt“ am 26. Januar 1914 findet am heutigen Dienstag, den 20. und Mittwoch, den 21. Januar, vermitteilt von 10 bis 2 Uhr, an der Etageliste des Stadttheaters statt. Den Abonnenten bleiben ihre Kästen gegen Rückzahlung der Löhnerenz zwischen dem Kassenwerte und dem erhöhten Preise des jeweils 10. Mittwoch 2 Uhr reserviert. Wer nicht abgeholt Eintrittskarten ebenso wie andere, wird von Donnerstag ab abholung verfügt.

Lobe-Theater.

Freitag, 7½ Uhr:
„Feste und Feiernde.“

Sonntagsabend, 7½ Uhr:

Zum 1. Maie:

„Der Ein Knacker.“

Samstag nachmittags 3½ Uhr:

„Die bessere Rendite.“

Abends 7½ Uhr:

Zum 2. Maie:

„Der Bisszähler.“

Thalia-Theater.

Freitag: Das Kleid-Verein.

3. Wissenschafts-Beratung

„Graphic und Stein.“

Sonntag, 7½ Uhr:

„Drei Komödien.“

Abends 7½ Uhr:

„Kurb und er sein.“

Sohanspielhaus (Operettenbühne.)

Freitag, 8 Uhr:

„Die Sinekönigin.“

Sonntagsabend 8 Uhr:

Zum 1. Maie:

„Polensblut.“

Spätestens von Del. Nebel.

Samstag nachmittags 3½ Uhr:

„Flammpfeife.“

Abends 8 Uhr:

„Polensblut.“

Lieblich's Etablissement

Täglich, abends 8 Uhr:

„Gastspiel Maxek.“

„Die Dalesprinzessin.“

Außerdem: Die grandiosen

Januar-Spezialitäten.

Sonntags 4 Uhr: Neues-Verst. kl. Pr.

Viktoria-Theater.

Kapelle von Bemalte

und seine Freunde.

Am Wochentag, 8. Sonntag, 7½.

Jeden Sonntag 3½ Uhr:

Neuer Vorstell. keine Preise.

Nicht wochentags 8 Uhr.

Abends 8 Uhr:

„Polensblut.“

Palmengarten

Seit Sonntag 1881

— Hochzeit —

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. Januar.

Neue Leser

Der Parteizitung sind neue Kämpfer. Wer regelmäßig ein sozialdemokratisches Blatt liest, der weiß, was er will; der wird zum überzeugten Anhänger unserer guten Sache und bei allen Kämpfen wird er sich bewähren.

Aus, Gewerkschaftler, Genossen und Genossinnen, werbt für Eure Zeitung, die Euch allezeit verteidigt und Euer Wohl vertritt. In den blätterreichen Blättern kommen die Armen und Unterdrückten niemals zu Wort; sie schreiben nur für die Unternehmer und die Reichen in der Stadt und auf dem Lande. Unaugeliebt ist jeder Arbeiter für sein Blatt tätig sein.

Vom Lokal Lehmgrubenstraße 66 aus wird Sonntag eine Agitation für die „Wollswach“ veranstaltet. Sie beginnt vormittags um 8 Uhr, doch erhalten auch die später kommenden genügend Arbeit. Genossen, arbeitet eine Stunde für Eure Zeitung.

Stadtverordneten-Gesammlung.

Unheimlich viel Zeit opferte die Stadtverordneten-„Kammer“ gestern wieder der Beratung zweier Vorlagen, von denen mindestens die zweite, die Südparkstraße für die Straßenbahn, wirtschaftlich den Aufwand dieser Worte nicht verdiente. Es handelt sich darum, ob eine auf dem Droschkenhalteplatz angelegte Gleisschleife billiger ist, als eine, die teilweise die Schottländerische Hochbarriere in Anspruch nimmt. Dabei soll auch berücksichtigt werden, welches Projekt die wenigsten Opfer von Bäumen, Sträuchern und Parkstreifen verlangt. Die Meinungen darüber waren so geteilt, die Wortgespräche waren so lebhaft und die Beispiele für die einzelnen Vorlagen wurden von einem konservativen Mittelstandsvertreter bis aus den Palmenbeständen von Monte Carlo geholt, daß sich die Versammlung in diesem Wirtshaus entschloß, die Vorlage an die Ausschüsse zurückzuschicken. Die ganze Rederei war also für die Käf.

Ein positives Resultat wurde dagegen in der ersten größeren Vorlage erreicht, welche die Einführung des Schulgeldes bei der gewerblichen Fortbildungsschule bezweckte. Für diese Vorlage sprach eigentlich kein Redner aus der Versammlung. Auch die einzige Freunde, Stadtverordneter Heilberg, suchte nur eine Konsensbewegung herbeizuführen; aber auch das wurde mit 44 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Alle Bemühungen des Stadtrats, des Schämmers und des Oberbürgermeisters blieben umsonst. Für die sozialdemokratische Fraktion hob Stadtverordneter Petermann die Grinde heran, die sie zur Ablehnung der Vorlage führten. Sie schon eine Belastung der Handwerker in gegenwärtiger Zeit nicht besonders sympathisch, so werde man außerdem der Fortbildungsschule nur neue Feinde schaffen und ferner sei bereits angekündigt, daß die Meister das Schulgeld im Lehrvertrag auf die Eltern der Lehrlinge abwälzen würden. Diese Umstände und unsere prinzipielle Schulgeldgegnerschaft führten zu dem ablehnenden Votum der Fraktion.

An die öffentliche Sitzung, die sonst nur minderwichtige Vorlagen endgültig erledigte, schloß sich eine längere geheime Sitzung.

Schulgeld für die gewerbliche Fortbildungsschule.

Vom Magistrat wird vorgeschlagen, auch an den gewerblichen Fortbildungsschulen ein Schulgeld zu erheben. Es soll vom 1. April 1914 an erhoben werden.

Der Berichterstatter Stadt. Höhlig I (Röhl.) betont, daß Schulgeld bedeute eine neue Belastung des Handwerks, die ungerecht sei; er empfiehlt, die Vorlage abzulehnen.

Stadt. Garbois (Röhl.): Wenn Sie einigermassen dem Handwerk ein Wohlwollen erweisen wollen, dann lehnen Sie die Vorlage ab. Im Dezember und Januar hatten wir in Breslau zwei Handwerker-Versammlungen; keiner ihrer Teilnehmer konnte sich für das Schulgeld einwählen, man verlangt im Gegenteil, die neue unbillige Last zurückzuwerfen.

Stadtchurat Habs: Es ist unbillig, alle Handwerker vom Schulgeld freizulassen. Die Sache ist nicht so schlimm, wie sie aussieht. Man könnte die untersten Stufen noch freilassen und auch sonst manche Orte bestätigen; überweisen Sie also die Vorlage an den Ausschluß.

Stadt. Müller (Lip.): In einer großen Handwerker-Versammlung brach ein Sturm der Entzündung los, als über das Schulgeld gesprochen wurde. Es ist nicht ein so großer Prozentsatz aus 80 000 M. Schulgeld erwünscht, daß wir den blühenden Zustand ändern müssten. Wenn die Schlosser bei 18 bis 18 Lehrlingen Schulgeld zahlen sollen, dann müssen sie ihr Geschäft aufgeben. Die Handwerker sind keineswegs auf Rollen gebettet. Ich bitte darauf Rücksicht zu nehmen und die Vorlage ohne Ausschüffberatung abzulehnen. Schaffen Sie keine neue Belastung des Handwerks.

Oberbürgermeister Matting: Wenn die Aussichten dieser Vorlage nicht ungünstiger wären als die über das Schulgeld für die höhere Schule, dann könnte ich schon zufrieden sein, denn diese Erhöhung ist mir großer Mehrheit angenommen worden. Die Handwerkerkammer hat keineswegs ihre Zustimmung zum Schulgeld zurückgezogen.

Stadt. Heilberg (Lip.) beantragt, die Vorlage den Ausschüssen 2 u. 3 zu übertragen. Wir kommen über die Tatsache nicht hinweg, daß die Handwerkerkammer der Vorlage zugestimmt hat; daß sie diese Zustimmung aufdrückt, kann ich nicht begreifen. Die Vorlage muß gründlich beraten werden, was sie verdient.

Ein Schluskantrag wird angenommen und die Vorlage nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters mit großer Mehrheit abgelehnt.

Berücksichtigt, die Stadtverordneten Herschel und Garbois, die Handwerkerkammer habe mitgeteilt, sie nehme ihre Zustimmung zur Vorlage zurück.

Oberbürgermeister Matting betont, beim Magistrat sei eine Entscheidung nicht eingegangen.

Räumlicher Matthes: Als es sich um die Kaufmännische Schule und ihr Schulgeld handelt, da hören wir die gleichen Wagen; und heine, es ist keine Käf. darüber gestritten. Es handelt sich durchaus nicht um die so vor mir vorliegenden.

darüber, daß sehr höherer Staatszuschuß kommt, wenn wir nicht selbst etwas geben. Haben Sie von einer Verlammung der Handwerkerkammer etwas anderes erwartet, als eine Abwendung der Vorlage? Es ist doch etwas Bosquettes, auf Kosten anderer Steuern zu bewilligen. Es ist Sache der Lehrherren, einen Teil der Schülern mit zu tragen.

Stadt. Mühlbach (Lip.): Es ist ein großer Unterschied zwischen Kaufmännischer und gewerblicher Fortbildungsschule. Die Kaufleute nehmen sich meistens Lehrlinge, die keine Fortbildungsschule besuchen brauchen, was beim Handwerk nicht zutrifft. Wenn der Staat seinen höheren Zuschuß gibt, so liegt das wohl hauptsächlich daran, daß die Gemeinden zu wenig Rücksicht zeigen. Der Handwerksmeister hat doch von der Fortbildungsschule keinen Nutzen; es hat ihn der Lehrling, dann die Industrie und nicht Gemeinde und Staat. Wer das Handwerk kennt, der weiß, daß die Kosten groß sind, besonders auch die Arbeitsversicherung. Die Handwerker zahlen fünf bis sechs mal mehr Steuern als die Beamten. Wird die Vorlage angenommen, dann werden entweder die Lehrlinge nicht mehr beschäftigt oder das Schulgeld wird den Eltern aufgehalten. Ich bin der Ansicht, die Vorlage ist unbedingt abzulehnen; es hat keinen Zweck, sie erst an einen Ausschluß zu überweisen.

Stadt. Gregor (Soz.): Wie sind gegen die Vorlage, denn wie meinen, wo Schulgeld anging, herriet, soll auch Schulgeldfreiheit bestehen. Allerdings können wir die Ansicht nicht teilen, daß alle Handwerke diese Lasten überhaupt nicht tragen könnten und man wegen des Schulgeldes keine Lehrlinge mehr annehmen würde. Aber die Belastung würde nur Verärgerung erzeugen in den Widerwillen der Handwerker gegen die Schule steigern. Wir unterschätzen die Wohlthaten der Schule nicht, glauben aber, aus einer wachsenden Verärgerung der Handwerker erwächst der Schule mehr Schaden als der Stadt Nutzen. Ein Teil der Handwerker würde das Schulgeld auch nicht selbst tragen wollen, sondern versuchen, es auf die Eltern der Lehrlinge abzuwenden, wie das schon angekündigt wird. Aus allen diesen Gründen bitten wir, die Vorlage abzulehnen.

Oberbürgermeister Matting: Viel Freunde scheint ja die Vorlage nicht gefunden zu haben, aber ganz so unsozial ist sie nicht. Die Handwerkerzunft hat das Schulgeld als unannehmbar erklärkt; das beweist doch, daß man über die Sache reden kann. Den Grund ist, daß bei Schulzwang auch Schulgebühren festgestellt werden, haben Sie schon bei der Kaufmännischen Fortbildungsschule aufgezeigt. Das sich die Handwerker nicht dazu drängen würden, Schulgeld zu zahlen, das trat zu erwarten, aber viele vorabrechte Bewerbsgründe sind nicht stichhaltig, weshalb es durchaus angebracht wäre, die Vorlage einem Ausschluß zu überweisen.

Stadt. Herschel (Röhl.): Die Ungunst der Zeit und der geringe finanzielle Erfolg sollte uns abhalten, das Schulgeld einzuführen. Die Handwerkerzunft hat ihre erste Zustimmung zum Schulgeld zurückgezogen. Es ist auch falsch, daß sich der Kaufmannstand mit dem Schulgeld für seine Fortbildungsschule ausgedehnt habe. Mit dem Schulgeld schädigt man den Nachwuchs des Handwerks, denn viele Handwerker werden Lehrlinge nicht mehr einfstellen.

Beim Umbau des Grundstückes Klosterstraße 72/78 zur Hauptimarktstraße sind 11 200 Mark Mehrkosten entstanden, die bewilligt werden.

Der Magistrat schlägt vor, zur Zeit von der Einführung eines einheitlichen Gaspreises aufzuhören. Zog sonst der Kaufmänner Betriebs-, Flur-, Treppen- und Kochgas 10 Pfennig, Leuchtgas 18 Pfennig. Der Berichterstatter St. Chrl. (Lip.) beantragt, den Magistrat zu stimmen. Stadtverordneter Hanburg (Lip.), bemerkt, es sei wohl möglich, den gewünschten Einheitspreis einzuführen; bereits 118 Direkte in Deutschland haben den Einheitspreis. Die Vorlage wird dem Finanz-Ausschuß überwiesen.

Für die Deutschlandnummer einer Zeitung in London werden 850 M. benötigt.

Die neue Grabstellen-Ordnung wird angenommen, ebenso die Erhöhung des Grabstellen-

geldes.

Die Gleisschleife am Südpark soll nach dem Ausbau gutachten nicht so gebaut werden, wie der Magistratsantrag es darin will. Stadt. Wohlauer (Lip.) verleiht die Magistratsvorlage, desgleichen Stadtrat Preischer und die Stadt. Heilberg (Lip.), Wohlauer (Lip.), Schüll (Soz.) verteidigen die Magistratsvorlage; die Stadt. Schröder (Röhl.), Müller (Lip.), Melde (Röhl.), Muggau (Lip.) vertreten das Ausbauwgutachten, das die Ablehnung der Magistratsvorlage fordert. Stadt. Chrl. (Lip.) beantragt, die Vorlage an die Ausschüsse zurückzugeben, d. selbe verlangen die Berichterstatter Stadt. Weide (Röhl.) und Wölfe (Lip.). Die Magistratsvorlage wird an die Ausschüsse zurückverweisen.

Ein Deinrichsleitsantrag fordert, vom 1. April 1914 elf Räume für Volksschulen zu mieten. Der Berichterstatter Stadt. Schüll (Soz.) ersucht, dem Magistrat zuzustimmen, was geschieht.

Zur Behebung des bestehenden Arbeitsmarktes will der Magistrat bei der Gartverwaltung sofort verschiedene Arbeiten ausführen lassen, wodurch im ganzen 86 800 Mark nötig sind. Nach dem Antrag des Berichterstatters Stadt. John (Röhl.) wird die Vorlage angenommen.

Schluss der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr abends.

Die Ausschüssewahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse

ist Donnerstag Abend beendet worden. Ein gutes Ergebnis liegt bis zur Stunde nicht vor, aber bereits jetzt kann wohl gesagt werden, es hat sich zu Gunsten der Christen verschoben. Die brauen Geschäftsfäden, denen die ganze Dienstboten-Vorstellung ein Greuel ist, sie haben ihre Mädchens, Bedienungsfräulein usw. einfach zur Wahl kommandiert und für den christlichen Wahlvorschlag stimmen lassen. Nur diesem unerhörten Terrorismus ist es zu danken, daß die sonst in Breslau sehr unbedeutende Christen einen großen Stimmenzufluss erzielten, der sich selbstverständlich auch in einer größeren Zahl von Ausschüsstitgen ausdrücken muß. Nicht die Dienstboten haben wirklich gewählt, es waren eigentlich die Geschäftsfäden, die aus Verärgerung über die „neue“ Vorstellung gegen das Lager der Frauen stifteten.

Nun den vier Tagen haben im ganzen 5273 Männer und Frauen und 2589 Kinder gewählt, also doppelt so viele Frauen als Männer. Die „Schlesische Zeitung“ meint, die 18.000 der sozialdemokratischen Gewerkschaften wählten kaum ein Drittel der Stimmen erhalten haben. Das Blatt dürfte bald erfahren, daß seine Meinung nicht stimmt. Es ist auch vollständig berechtigt, im Ausgang Meter Wahl ein Zeichen für die „Stellung der Wähler zum Konflikt zwischen Dienstboten und Dienstboten“ zu sehen. Es ist weiter durchaus falsch, wenn die „Schlesische Zeitung“ sagt, „der Kampf wurde jetzt Zeit auch unter der Krone der freien Wahlwähler geführt“. Die tatsächlichen Wählenden dachten ebenfalls nicht daran, die Käf. vorwählen. Die „Schlesische“ mag ja nun genau bei ihrem tatsäch-

lichen Freunden erkundigen; sie wird dann hören, daß zum Beispiel der christliche Vorstand der Schneiderei so gut wie die „sozialdemokratischen“ Dienstboten die freie Wahl ablehnt, weil er es nicht verantworten kann und will, den Wählern auf Kosten der Dienstboten noch mehr Geld in die Taschen zu stecken.

Im übrigen wäre es geradezu lächerlich, vor den Dienstboten Schätzchen zu werfen, sie hätten mit Ihren Stimmen gleichzeitig die freie Wahlwohl gefordert. Die Dienstboten brauchen sich bisher um den ganzen Streit der Wählern nicht kümmern, und sie dürfen deshalb auch zwischen dem Bezirkssystem und der freien Wahlwohl kaum zu unterscheiden wissen. Das Wichtigste für die Dienstboten ist, daß sie endlich überhaupt eine Krankenkasse ausgliedern, zu einem Arzt gehen können, wenn sie krank sind, und Krankengeld erhalten. Die „Schlesische Zeitung“ allerdings ist es, die nicht laut und nicht oft genug gegen die ganze Dienstboten-Berufssicherung heben konnte, mit jetzt bei der Ausschüssewahl mit den Dienstboten ein falsches Spiel getrieben hat. Hoffentlich haben es die Tausende der Dienstmädchen nicht zu bereuen. Auf jeden Fall werden sie bald einsiehen, wo ihre wahre Freunde in der Krankenkasse sitzen.

Über den vierten Wahlgang wird uns geschrieben:

„Aaaa, ich besiegt die Käf!“

Das war das Feldgeschrei mit dem die Christen die Herrschaft in der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu erreichen hofften. Es wird ihnen vorbeigegangen sein. Herr Schoppohl, der sogenannte Führer der christlichen Holzarbeiter, wird sich auf keinen Fall aufstellen müssen, damit er seine Sprechversetzung, die er besonders am letzten Tage im Nebenraum anstrengte, wieder in Ordnung bringen kann. Frohlocken noch die Christen über den geringen Erfolg der männlichen Wahlbeteiligung am dritten Tage, so wurden die Geschlechter am letzten Tage der Wahl gegen Abend immer länger und länger. Selbst der Herr Präses der katholischen Arbeitervereine, der sich abends um das Ergebnis bemühte, machte ein verdutzt Gesicht, als seine Kinder erschrockt mührten, die Arbeiterbataillone haben den schon gesetzten Sieg der Christen etwas zu Wasser gemacht.

Der letzte Wahlgang gestaltete sich schwieriger; es erschienen 1460 Wähler. Es sind im ganzen 2613 männliche und 5200 weibliche Stimmen abgegeben worden. Es blieben schwächende auf Liste I 2900 Stimmen fallen, auf Liste II der Frauenrechtskämpfer 1700 und auf Liste III der Christen ungefähr 3000. Der Rest war als ansplittert zu betrachten. Der neue Ausschuss durfte sich schätzungsweise aus 4 Frauenrechtskämpfern, 18 freien Gewerkschaftlern und 18 Christen zusammensehen. Auf jeden Fall werden im Ausschluß bei wichtigen Abstimmungen die Frauenrechtskämpferinnen das Jungblatt an der Waage bilden. Das willten auch die Christen, denn sie strecken schon die Fächer nach den Frauenrechtskämpfern aus, um sie bei der Neuwahl des Vorstandes auf ihre Seite zu bekommen.

Unsere Genossen und Genossinnen haben an allen vier Wochentagen gearbeitet, was in ihren Kräften lag. So war der Kampf, umso mehr, da mit unglichen Waffen gekämpft wurde. Die Christen arbeiteten rücksichtslos und schufen vor keinem Mittel, um Stimmen einzufangen; es war zum Teil heimatstrübend, was sich die fronten Deute herausnahmen. Wir haben den Kampf mit ehrlichen, anständigen Waffen vom Anfang bis zum Ende durchgeführt. Die Christen haben bewiesen, daß sie dazu nicht fähig sind. Das ist die Ehre, die wir aus dem Wahlkampf ziehen. Und danach haben wir unser späteres Verhalten einzurichten.

Ausschüssewahl der Schuhmacher.

Die Ausschüssewahl der Ortskrankenkasse für das Schuhmachergewerbe ist Montag, den 28. Januar, im Cafe Restaurant, Karlsstraße 37. Gedehlt wird abends in der Zeit von 6 bis 9 Uhr. Zu wählen ist die Vorschlagsliste I. Eine rege Wahlbeteiligung ist für alle im Schuhmachergewerbe Beschäftigten und der Einzelmitglieder eine unbedingte Notwendigkeit, da auch der christliche Ausschuss eine Liste aufgestellt hat und eine rege Tätigkeit entfaltet. Wie die Kollegen bei der Firma Dorndorf vollzählig an der Wahl teilnahmen und damit die Christen ganz verdrängten, so müssen es auch die übrigen Kollegen als ihre Pflicht betrachten, bei der jetzigen Wahl, vollzählig anzutreten.

Vor dem Jugendrichter.

„Strafsache wider Nr. 1“ ruft der Gerichtsdienst des Friedensgerichts in den Flur. Es meldet sich ein kleines Kerlchen von 14½ Jahren, das sich wegen Beleidigung und Tierquälerei verantworten muß. Der kleine Angeklagte ist Arbeitsbusch, dem man es anmerkt, daß er noch nicht lange der Schuhmacher geworden ist. Seit jerner Schulzeitstellung hat er schon einige Arbeitsstellen gewechselt, was ihm der Vorsteher ernstlich vorhält. Der Junge erklärt: Ich habe die letzte Stellung aufgegeben, weil ich nur vier Mark verdient habe. Der Vorsteher geht auf die Aussage selbst ein. Im November 1913 hat sich der Arbeitsbusch in Gemeinschaft einiger Männergenossen in der Osterstraße habhaft gemacht, daß sie ein Pferd neckten. Die Männer arbeiteten höchstlich in eine nicht gut allgemeine Tiere quälerten aus. Indem die jungen Leute dem Gaul ein Stück Holz zwischen Ober- und Unterleber steckten, ließen sie dem Tiere natürlich Schmerzen zu. Eine Mutter sah das vom Fenster aus und nahm Anstoß daran. Sie rief den Kindergarten zu, von diesen „Scherzen“ abzulassen. Als das nicht gleich geschah, ergriff die Frau einen Blumenkäpf und schlug etwas Wasser hinauf, wobei der Angeklagte einige Krämpfe erfuhr. Der Lehrer sehr erzürnt rief zu den Freien des Friedens einige harte Schuhmäster zu, die nun den Gegenstand der Anklage wegen Beleidigung bildeten.

Es konnte nicht bestrafen werden, daß sich der Angeklagte an der Tierquälerei beteiligt hat, dagegen wurde die Beleidigung als erheblich angesehen. Der Staatsanwalt beantragte 18 Mark Geldstrafe. Das Gericht erkannte jedoch auf drei Mark, weil die Mutter des Angeklagten, die auch nur auf die jungen Männer eingewirkt hat, für die Verfehlung ihres Sohnes büßen muß. Ihr Sohn ist gegenwärtig ohne Arbeit; er soll am 1. März zu einem jungen Schuhmäster in die Werkstatt kommen.

„Gemeinde Diensthochhaus“. Der biegsame Magistrat verlangt von der Polizei, daß sie die Straße, die zwischen der Dienstbotenstraße 109 u. 108 (Ende Giebelstraße) liegende Dienstbotenstadt anbauen. Die Dienstboten wünschen sich, daß sie hierin untergebracht werden, während die Dienstbotenstadt am Dienstbotenweg aufgebrochen wird. Der Beauftragte ausgesprochen, daß die Häuser wegen der Dienstbotenstadt neu gebaut werden, so dass die Dienstbotenstadt am Dienstbotenweg aufgebrochen wird. Die Dienstbotenstadt wird am Dienstbotenweg neu gebaut, so dass die Dienstbotenstadt am Dienstbotenweg aufgebrochen wird.

Mut, Herr Matting!

Die Stadtgemeinde München hat, wie der "National-Zeitung" telegraphisch gemeldet wird, dem zu Pasingen in München stattdienenden "sozialdemokratischen" Sängerechte der bayerischen Arbeitervereine den städtischen Ausstellungsplatz und die städtischen Hallen zur Verfügung gestellt. Der für Pasingen geplante sozialdemokratische Festzug unter Teilnahme aller gewerkschaftlichen Organisationen hat, soweit die Stadt zuständig ist, gleichfalls die Genehmigung des Magistrats gefunden.

Götte beim freimüigen Magistrat Breslau nicht möglich sein, was unter dem rabenschwarzen Ministerium Herlitz ge macht wird.

Zur Berufswahl

wird uns geschriften:

Das Osterfest rückt immer näher und mit ihm der Zeitpunkt, wo Tausende junger Menschenklöter die Schule verlassen und sich entscheiden müssen, welchen Beruf sie einmal für ihr zukünftiges Leben erzielen wollen. Es gibt wohl auch seine zweite, so tief ins Leben des Arbeiters einschneidende Frage, wie die der Berufswahl. Die ganze zulässige Lebenshaltung, die Möglichkeit einer Familie zu gründen und diese zu erhalten, vor allem Gesundheit, Lebensfreude und Lebensdauer hängt von dieser Entscheidung ab.

Zu einem der Berufe, deren Arbeiter noch unter den schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen, besonders aber unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, gehört vor allem der Glaserberuf. Die statistischen Erhebungen haben ergeben, daß die Gläser nicht nur die am schlechtesten bezahlten Arbeiter sämtlicher Bauberufe sind, sie sind auch am meisten durch die Arbeitslosigkeit geschädigt. Löhne von 18 bis 24 Mark die Woche reichen jetzt fast durchschnittlich noch in allen Landesteilen genug, und nur einige Großstädte, wo Tarifverträge bestehen, machen davon eine Ausnahme.

In der ersten Berichtswoche dieses Jahres wurden von 15 Nebenstellen des Central-Arbeitsnachweises 242 Arbeitslose gemeldet. In Berlin sind jüngst gegen 200, in Leipzig 160 von 400 Geschäftsmännern arbeitslos. Ganz besonders sind es aber die jüngeren Arbeiter, die arbeitslos werden, weil sie durch ihre einseitige Ausbildung nur ihr Brot als Bauwagenfahrer finden können. Bei der Erteilung des Gläserhandwerkes muß aber auch Rücksicht auf die Gesundheit des jungen Menschen genommen werden. Es wäre ganz falsch, einen Knaben das Gläserhandwerk erlernen zu lassen, der zu Erfüllungen neigt, reizbare Atemorgane besitzt, oder bei schwachem Körperbau empfindlich für Rheumatismus durch Zugluft und Witterungsenschläge ist.

Wir ersuchen deshalb die Eltern und Vormünder, die dennoch ihre Pflegebefohlenen das Gläserhandwerk erlernen lassen wollen, sich an die örtlichen Gehilfenorganisationen oder an nachstehende Adressen zu wenden. Zur näheren Auskunft sind diese gern bereit. Arbeiterschulische Blätter werden zum Abdruck gegeben.

Zentralverband der Gläser Deutschlands.

Die Agitationsleitung.

S. H.: M. Waller in Hamburg, Befreiungshof 57, IV.

Vorwurf im Gericht mit Schülern.

Da man unangenehmen Folgen eine Rüsteinanderziehung mit einem Schuhmann führen kann, zeigt ein Fall, der jetzt das böse Schuhmännerrecht bestätigte. Der Schuhmännerverein Breslau am 4. November vorigen Jahres in etwas zu schärfen Form, um die Schüler und Laienkleidung zu verteidigen und gegenwartig ihn der dort postierte Schuhmann Becker angeklagt und zur Rede gestellt. Der Mann beging leider die Unbedachtlosigkeit, dem Beamten bei der Gelegenheit einige nicht gerade schmeichelhafte Bemerkungen zuzufüllen. Der Schuhmännerverein rückte sich deshalb jetzt vor dem bissigen Schöffengericht verantworten. Das Gericht war der Ansicht, daß der Angeklagte es jetzt befunden, entgegztreten. Aus diesem Grunde verhängte es über den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung in Einheit mit einer Übertretung der Strafzettelordnung eine Gefängnisstrafe von vierzehn Tagen.

Diese Strafe steht unseres Erachtens in gar keinem rechten Verhältnis zu der Verfehlung des Mannes. Warum die Schüler immer so empfindlich ausfallen, wenn ein Schuhmann als der beleidigte in Frage kommt, will uns nicht recht in den Kopf. Es kann nur jedem geraten werden, wenn er sich in einer ähnlichen Situation gegenüber einem Schuhmann befindet, am besten jedes unnötige Wort zu vermeiden. Es recht gilt das aber für Redemündungen, die dann hinterher sehr leicht als "Beleidigungen" gedeutet werden können, obwohl sie es an sich gar nicht sind. Also Vorwurf im Gericht mit Schülern!

Gegen die guten Sitten.

Ein weißer Oberstaatsanwalt gegen ein Radier-Institut auf Zahlung einer Rechtschuld von 30 Pf. Der Radier ist gegen ein Monatslohn von 50 Pf. beschäftigt worden. Er mußte sich aber vertraglich verpflichten, täglich 15 Stunden auf dem Radier zu machen. Seine Louren er weniger leistet, werden ihm vom Lohn abgezogen, mußt er mehr, dann erhält er für jede dieser Louren noch eine Zulage von 10 Pf. Der Radier gab an, daß die geforderte Leistung viel zu groß war; nur zur Bedeutung habe er täglich 15 Anstreiche gehabt. Somit seien es viel weniger gewesen, weshalb er nicht auf seinen Lohn gekommen sei.

Der Vorsitzende, Gemeinderichter Bauer, bemerkte, daß ein solcher Arbeitsertrag gegen die guten Sitten verkehre. Genauso gerichtet habe der Radier eigentlich nur ein Zugeständnis von 50 Pf. täglich gehabt. Der Richter beantragte trotzdem die Abweisung der Klage. Der Radier habe die Langsamkeit gehabt, mehr zu bearbeiten; außerdem erzielten die Radier bei Erarbeitung eines Stücks mehr. Der Radier bemerkte, mit den Radierern sei nicht mehr viel los. Der Richter riet zu einem Vergleich. Die Parteien einigten sich auf einen geringeren Betrag.

* Das große Rentenamt bei Breslau auf der Spur. Daß es kaum tatsächlich nur katholische Nachwelt ist, der Breslauer Gläser legte gegen das Geburt wegen unberechtigter Aufzehrung auf Beihilfe von Schul- und Versicherungskasse. Der Gläser bekam keine Antwort in 25 WI und 2 Monate Zeitraum. Wenn der Radier ganz junge Frau monatlich 100 Pf. verbraucht, müsse er im Monat ungefähr für 2000 Pf. Kosten verbrauchen. Es hat beim einzelnen Verbraucher bei so vielen anderen möglich ist, müssen wir bezweifeln. Der Gläser hatte einen Sohn, der 50 Pf. verbraucht und freute sich auf die Rente; dieses Kind sollte er über einem Radier überlassen. Darauf entstanden Streitigkeiten. Der Radier legte dem Gläser: Sie können mich auf andere Weise helfen, mit den Christen nicht geht es so leicht. Gläser legte diese Aussicht zurück und er meinte, daß Radier ihm bestimmt werden. Das Radier habe dazu gesagt, daß er kein Radier mehr machen will, wenn er eine Rente bekommt. Der Gläser wurde bestimmt, daß Radier nicht mehr Radier machen darf, um 20 Pfennig.

Der Richter riet dem Gläser: Sie können hier ein Radier und einen anderen Beruf ausüben, indem auf einen kleinen Betrag bestimmt wird, und auf einen anderen Betrag bestimmt wird. Das Radier bestand darauf, daß er nicht mehr Radier machen will, wenn er eine Rente bekommt. Die Radier wurde bestimmt, daß Radier nicht mehr Radier machen darf, um 20 Pfennig.

Der Richter riet dem Gläser: Sie können hier ein Radier und einen anderen Beruf ausüben, indem auf einen kleinen Betrag bestimmt wird, und auf einen anderen Betrag bestimmt wird. Das Radier bestand darauf, daß er nicht mehr Radier machen will, wenn er eine Rente bekommt. Die Radier wurde bestimmt, daß Radier nicht mehr Radier machen darf, um 20 Pfennig.

* Richtung Gewerkschafts-Willigkeit: Auf wiederholte Anfragen teilten wir mit: Wenn Arbeitslose beim Haushaltshandel mit Briefpäckchen den Leuten erklären, daß sie das Papier von der Gewerkschaft erhalten, damit sie etwas verdienen können, so entspricht das nicht der Wahrheit. Es hat keine Gewerkschaft Material für solche Zwecke auszugeben. Es dient sich hier, wie aus dem Ausdruck eines uns vorliegenden Convers ersichtlich ist, in den meisten Fällen mit um einen Geschäftsrat der Händler handeln, nicht um Arbeitslose. Das Convers mit den Briefbogen erfordert die Ausschrift: "Wir stellen Ihnen herzlichst!" Das Gewerkschafts-Markett.

* Breslauer Tierischutz. Nach dem Jahresbericht über 1913 hat der Kreis-Zentralverein zum Schutz der Tiere 17142 Ein- und Ausgaben erledigt. Von 890 Anzeigen über Tierquälereien an Breslau und Görlitz wurden 112 gerichtlich erledigt, 436 polizeilich, 242 durch Verwarnung des Vorstandes, 100 mußten wegen fehlenden, unleserlichen Namens oder ungernaher Begründung unbeachtet bleiben. Der Verein zählt 1223 Mitglieder, hat 45 482 Mark Vermögen. Im Jahre 1913 betrugen die Einnahmen 9487 M., die Ausgaben 8677 M. Am Geschenken erhielt der Verein 4340 M., die Fahrschule 3032 M. Diese unterstützte der Magistrat mit 2000 M., der Staat mit 860 M. durch Revisionssumme zu Bauten wurden Tierquälereien erheblich gesenkt. Zahlreiche Nutzgeräte wurden für liebevolle Behandlung des Jägers durch neu eingeführte Prämienskalen belohnt, die im Büro-Pulsenplatz 14, III für 1,50 Mark zu haben sind. Der Transportkasten für verunglückte Pferde ist von der Pferdeschutzgesellschaft zu erlangen; auf Polizeiwachen und in 26 Privatzuschüssen sind Ströhschuh für gestraute Pferde zum unentbehrlichen Güteschein niedergelegt. In Schulerwundern 12200 Zetteln sind über exzentrisch verteilt. Die Fahrschule zur unentbehrlichen Ausbildung von Nutzern macht erfreuliche Fortschritte. Der Unterrichtsplatz wurde erweitert. Die Prüfung bestanden 112 Fahrschüler. Die Kosten für die Ausbildung betrugen 3609 M. Wer die Prüfung besteht, erhält von der Schule den Fahrschein und am Grund dessen von der Polizei die Fahrberechtigung als Nutzgeräte.

* Um eine Puppe, die einen Wert von 1,75 Mark hatte, drehte sich eine Verhandlung vor dem Breslauer Schöffengericht; angeklagt war eine arme Frau wegen Diebstahl. Sie hatte Mitte Dezember 1913 ein Warenhaus am Ninge betreten, und sich dort in einem unbewachten Augenblick eine Puppe angeschaut, um damit ihren Kinde eine Freude zu bereiten. Eine Angestellte beobachtete jedoch den Diebstahl, und so wurde der Frau die Puppe wieder abgenommen. Vor dem heutigen Schöffengericht bat die bisher unbescholtene Frau um eine milde Strafe. Das Gericht erkannte auf zwei Tage Gefängnis und beschloß gleichzeitig, die Angeklagte, die wohl einer augenblicklichen Verfolgung unterlegen ist, zur bedingten Begnadigung zu empfehlen. Dadurch kann ihr bei zweijähriger guter Führung die Strafe ganz erlassen werden.

* Die Bierreise am Totensonntag. Am Totensonntag 1913 machte eine Arbeiterfrau mit einer Freundin eine Bierreise durch die verschiedenen Vororte. Stark betrunken landete sie abends auf dem Striegauerplatz und gab dort einem Schuhmann durch ihr lautes und auffälliges Benehmen Grund gegen sie einzuschreiten. Bei der Abfahrt leistete die Frau heftigen Widerstand; sie soll den Schuhmann auch beleidigt und bedroht haben. Bis zum andern Morgen wurde sie in die Arrestzelle des Rathauses eingesperrt und erst entlassen, als ihr Rauch vorüber war. Diese Bierreise hatte jedoch ein Nachspiel vor dem Breslauer Schöffengericht. Die Angeklagte erklärte, sie sei an jenem Tage similes betrunken gewesen; sie machte keineswegs den Eindruck einer Gewohnheitsstrinkerin. Das Gericht brach sie schuldig und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen Gefängnis und einen Tag Haft wegen des Vorsatzes auf der Strafe.

* Der Kinderzögerverein für Schule hat im vergangenen Jahre in Breslau 60 Fälle behandelt. Das die Frau verantwortungspflichtig ist, ist darauf zurückzuführen, daß es der Verbin nicht bei einmaliger Hilfe bewenden läßt, sondern eine dauernde Rücksicht über die Familien seiner Schülers ausübt und die Feindseligkeit und in einem undankbaren Aufgabe übernimmt, die Familien zu belehren, wie sie sich selbst helfen können. Von den 36 bearbeiteten Fällen konnten 8 beständig erledigt werden; 15 Damen haben sich dem Verein zurständigen ehrenamlichen Mitarbeit bereit gehalten und 8 Damen erledigten einzelne besondere Fälle. Wir können nur wünschen, daß auch die Kinderschutzzkommission der sozialdemokratischen Frauen seit die nötigen opferfreudigen Helferinnen findet. Die Arbeit der Kinderschutzzkommission ist dringend nötig und lebensreich.

* Verleugnung der Pflicht. In der Sitzung des Stadtgerichts am 19. Januar unter dem Vorsitz des Stadtrats Friedrich waren wiederum 8 Männer angeklagt, ihre Pflicht gegen ihre Familien nicht erfüllt zu haben. Nur die Männer, die bereits in der Arbeitsanstalt untergebracht sind, waren zum Termin erschienen, die öffentlichen Boreladene fehlten. Die Männer waren, man möchte sie beurlauben, sie wollen ja für Frau und Kinder sorgen. Es wurde ihnen vom Vorsitzenden gestattet, Urlaub fassen erst nach 3 Monaten bei guter Führung bewilligt werden. Der Antrag auf vorläufige Freilassung muß aber bei der Armendirektion gestellt werden. Ein Mann war unter den Antragstellern, der anscheinend seine Kinder größtenteils vernachlässigt hat, ein Schneider, der nachweislich wöchentlich 25 Mark verdiente; er wurde dem Arbeitshaus überwiesen.

* Rechtschutzstelle für Frauen, Basteigasse 6a, II. Die Rechtschutzstelle gibt unbemittelten Frauen in allen Rechts- und Sozialangelegenheiten unentbehrliche Auskunft über Invaliden-Alters-, Krankenversicherung, Alimentation, Scheitungsrisiken, Testamentsachen usw. Zur Erledigung der juristisch schwierigen Fälle stehen den Türen des Rechtschutzes Rechtsanwälte zur Seite. Um dem häufig beobachteten Stand der Männer unehelicher Kinder vorzubürgen, sei bemerkt, daß diese Akten schon vor der Rechtschutzstelle angestrengt werden können. Auch hierüber hinaus befehlt erledigt die Rechtschutzstelle. Sprechstunden täglich außer Sonnabend von 4½ bis 7 Uhr, nachmittags Basteigasse 6a, II.

* Schwere Augläuse. Ins Hospital der Barnimherzigen Brüder werden aufgenommen: ein Arbeiter aus Stabelow-Kreis Breslau, der durch einen Fahrtwagen gequetscht wurde und einen Rippenbruch erlitt, ein Arbeiter aus Koszalin, Kreis Neumarkt der mit dem linken Fuß in ein Motorrad kam und eine starke Quetschung erlitt, ein Arbeiter aus Rostock, der von einem Pferd ins Gesicht geschlagen wurde, ein Lehrling aus Groß-Wübbelsdorf, Kreis Oels, der auf einer Jagd in die rechte Hand geschossen wurde, ein fleißiger Schmied, der ausglitt und den rechten Oberschenkel brach.

* Ein Kind stirbt. An der Wilhelmstraße ist ein vierjähriges Mädchen, das dort in Begleitung der Mutter den Fahrradunfall erleidet, vom Wagen eines Bürgermeisters überfahren worden. Das Kind erlitt einen Schädelbruch; es wurde von der Mutter ins Hospital gebracht.

* Schokos wurden aus dem Flur eines Grundstücks Richardstraße 43 eine Gaslampe im Wert von 5,50 Mark, einer Kaufmannsanzeige auf der Kirchhalle eine silberne Handtasche, in der ein Portemonnaie mit 80 M. lag.

* Kleiderei. Am Dienstag nachmittag hat ein 12-jähriges Mädchen auf der Schönhauserstraße ein 6-jähriges Mädchen angehalten und ihm unter allerlei Beschimpfungen eine schwere Prise gegeben.

* Schokolade. Aus einem verschlossenen Schrebergarten am Roten Grün, in einem elterlichen Den gestohlen worden, aus einer Schokoladenfabrik auf der Schönhauserstraße 12 Mark Gold und ein Mäppchen.

* Eine Schokolade (Kondi-Bismarck).

Eine Karte der Sitten.

Die Muster des Kreises Neumarkt haben bewiesen, was sie gegen Menschen tun, wenn sie zusammenhaften. Sie beherrschten die Straße und unter den eindrucksvollsten Verhält-

nissen ging die Wahl vor. Für den ganzen Kreis stand nur ein einziges Wahllokal in Neumarkt zur Verfügung, soda mancher einen weitewegenden Weg zurücklegen mußte, um seine Pflicht genügen zu können. Doch unsere Freunde alle diese Hindernisse nicht achteten, ist ihnen doppelt hoch anzuerkennen.

Ein Dank im gewissen Sinne gebührt freilich auch den klugen Leuten, die dafür sorgten, daß nur in einem Raum gewählt wurde. Wir erhoben Einspruch gegen diese Bestimmung, die ja von vorneherein die weitaus wohnenden Kassenmitglieder von der Wahl ausschließen mußte. Das scheint unsere verzögerten Gegner erst recht ermuntert zu haben, an dem einen Wahllokal festzuhalten. Was wir als Gerechtigkeitsgesetz forderten, legten sie scheinbar als Sorge um das Wahlgeheim aus. Die Bedauernswerten rechneten eben nicht mit der Überzeugung und dem Opfermut unserer Genossen. Sie haben sich höchst betrogen. Von 118 abgegebenen Stimmen gehörten nicht weniger als 93 der Klasse 2. Ein trauriges Fünftel vermochten die Gegner zu halten. Unser Sieg ist vollständig. Dank den Brüder, die ihn erstritten.

Aber mit dem Sieg allein ist es noch nicht getan. Ich ist es an den Vertretern, zu zeigen, daß sie aufgelaufene Arbeiter sind, die wissen, was sie wollen. Es genügt nicht, daß sie mit 16 zu 14 Vertretern der Gegner das körperliche Gewicht gewichtet haben. Ihre Pflicht ist es, die Kasse zu einer segensreichen Einrichtung auszubauen. Dazu gehört, daß sie nur Vorteile, die ihnen das Geschäft bietet, auch ausspielen. Sehr wichtig ist auch der Besuch der Generalversammlungen. Die Gegner, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen, haben nur 2 Stimmen weniger als wir. Da darf eben keiner fehlen, sonst gefährdet er unsere Meheheit.

Möge der Sieg unserer Genossen vor größtem Ruhen für ihre leidenden Brüder und Schwestern sein. Vor allen Dingen aber sei dieser Erfolg ein Ansporn für unsere Freunde, tapferlich zu arbeiten, damit wir auch auf anderen Gebieten vorwärts kommen. Die Arbeiter des Landkreises müssen mitspielen, wenn sie siegen wollen. Auf Freunde, stärkt unser Organisationen, werbt wo Ihr kann! Auch der letzte Arbeitender im Landkreis muß unser sein. Genossen, tut Eure Pflicht!

[1]

Schutz den unbemittelten Kindern.

Der Landrat des Kreises Breslau erließ ein Rundschreiben an die Polizeibehörden, das sich mit dem wirklichen Schutz mittelloser Kinder beschäftigt.

Die vielen Klanen, die von unerschrockenen Entführern über betrügerische und wackerliche Ausbeutung durch gewissenlose Patentagenten erhoben worden sind, haben Veranlassung gegeben, die auf diesen Gebieten gemacht zu Beobachtungen zu sammeln. Das Ergebnis ist, daß erste Maßnahmen vorhanden sind, durch die weiße Kreise des Volkes in Mitteleinschiff gezogen werden.

Die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgebotes um Schutz der Entführer sind noch nicht in vollem Maße nutzbar gemacht worden. Eine Besserung ist möglich, wenn diese Bestimmungen mit Schärfe und Einsicht angewendet und die Beobachtung nochdrücklich aufgestellt wird.

Die Polizeibehörden sind streng zu überwachen und der Unzulässigkeit ihrer holzenden Unzulässigkeit zu kontern. Bei einzelnen Fällen ist sofort die Klage auf Unterfassung des Gewerbebetriebes einzulegen.

[2]

Ganth. Ausgestopft. Am Sonntag wurde unser langjähriger Genosse, der Maurer August Siegel befreit, der zu allen Zeiten tapferlich für die Partei gearbeitet hat und bei seiner Flugblattverteilung fehlte. Weil er aber auf den geistlichen Trost verzichtet hatte, was hier in unserer Gegend als großes Verbrechen gilt, wurde weder geläutet, noch ließ sich der Pfarrer sehen. Dafür gab die Polizei dem braven Genossen die lebte Ehre. Drei Männer stark begleiteten den Zug bis zum Kirchhof. Sie fanden aber keine Gelegenheit, nach Breslauer Muster zu arbeiten und mußten unverrichteter Sache abziehen.

Goths. Gemeindevertreter erschungen. Eine eigenhümliche Sitzung wurde am Dienstag abgehalten. Auf der Tagesordnung stand u. a.: Neuwahl eines Gemeindeschöffen. Die Wahl konnte nicht vorgenommen werden, weil zu wenige Vertreter erschienen waren. Die Landgemeindeordnung schreibt vor, daß bei Wahlen die Bekanntmachung eine Woche vorher erfolgen soll. Der Herr Gemeindeschöffe hat aber die Freiheit nicht innegehabt und das ist wohl auch der Grund, daß so wenige Vertreter erschienen sind. Bemerkenswert ist, daß zum ersten Mal ein Bürger an der Sitzung teilnehmen wollte. Das war dem Gemeindeschöffen etwas ganz Neues und er wies ihn als der Sitzung. Eine Beleidigung bei dem Landrat wird dem Herrn Gemeindeschöffen beweisen, daß er unrecht hat.

Die ausgestellte Sitzung wird am Montag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Gasde abgehalten.

Görlitz. Ein besserer Brüderheld. Am 26. Oktober v. J. fuhr ein Auto abends um 10 Uhr im selben Augenblick durch die Kleinbahnhaltestelle vor dem Scholz'schen Gasthaus, als der Zug einlief. Aus dem Gasthaus war natürlich viel Publikum herausgekommen, das den Zug bestiegen wollte. Mitten unter diese Leute fuhr das Auto, wodurch eine große Panik hervorgerufen wurde. Der Beifahrer des Fahrzeugs Kaufmann Müller, entstieg dem Auto und schlug eine Frau deshalb zu Boden, weil sie es gewagt hatte, seinem Chauffeur einige Worte ihres berechtigten Unmuts über sein rücksichtloses Verhalten zuzurufen. Dann versetzte Herr Müller noch dem Manne dieser Frau einige Schläge, weil er seiner so großlich misshandelten Frau selbst beigebrungen war. Bevor der schwangere Chauffeur sein Beifahrer wieder fest hielt, gab er schnell noch einem Passanten eine Ohrtreppen, der ihn zur Mäßigung geahnt hatte, und wollte dann hinzugehen. Die hintere Rimmer des Fahrzeugs ermöglichte jedoch die nachträgliche Ermittlung Müllers und seines Chauffeurs. Letzterer wurde wegen seines rücksichtlosen Fahrens mit 3 Mark bestraft. Sein Herr, der sich jetzt wegen vorsätzlicher Körperverletzung vor dem Breslauer Schöffengericht verantworten mußte, wurde mit 14 und schreibe 90 Mark oder 30 Tagen Gefängnis

Kleine Dresdner Nachrichten.

* **Kranken- und Begegnungsstätte Hoffnung.** Die seit 1877 bestehende Kranken- und Begegnungsstätte "Hoffnung" lädt ihre Mitglieder zur ordentlichen Generalversammlung für Donnerstag, den 28. Februar in den "Goldenen Beiter", Klosterstr. 47, ein. Die "Hoffnung" ist nunmehr Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, gewährt bei überaus nüchternen Verträgen verhältnismäßig hohe Leistungen. Nicht vereinbarungen pflichtliche Personen erhalten durch Vollversicherung Kranken- und Sterbegeld, Arzt, Medizamente und alle sonstigen Heilmittel, versicherungspflichtige Personen, d. h. solche, die durch ihr Arbeitverhältnis beiens einer Firma oder Betriebsstätte angehören, erhalten für entsprechend ermächtigte Verträge ebenfalls dasselbe Kranken- und Sterbegeld. Meldungen neuer Mitglieder werden werktäglich von 8 bis 1 Uhr im Kassenbüro, Universitätsplatz Nr. 16 und Sonnabend abends 7½ bis 8½ Uhr im Kassenlokal, Petrenstraße 18 und beim Vorsthenden der Kasse, Schablonenfabrikanten Paul Glagau, Palmstraße 4, federnd angenommen. Jegliches Eintrittsgeld ist weggelassen; der Beitritt ist u. a. auch allen selbständigen Handwerkern, Gewerbetreibenden, Beamten und deren Frauen zu empfehlen. — Am 28. Januar hielt die unter besonderer Verwaltung stehende Beerdigungsbetreibung der "Hoffnung" ihre Generalversammlung ab. Der Rechnungsbuch für 1913 hat ein überaus erfreuliches Ergebnis, das Vermögen ist gestiegen.

* **Tödlicher Unfall.** Heute früh ereignete sich auf der Lauenholzstraße, Ecke Brüderstraße, ein bedauerlicher Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Von einem großen mit Kohlen beladenen Wagen ging plötzlich während der Fahrt der vordere Scheibe (Querbrett des Wagenlastens) heraus und die Kohlenmassen stürzten nach. Der vorne auf dem Wagen stehende Kutscher wurde auf das Straßengrundstück geschleudert und bevor der Wagen halten konnte, gingen die Räder des schweren Wagens über den Mann hinweg. Der Verunglückte erlitt so schwere Verletzungen am ganzen Körper, daß er regungslos liegen blieb. Man rief zu den Samaritaner der Feuerwehr herbei; als diese eintrafen, gab der Verunglückte bereits sein Lebenszeichen mehr von sich. Man brachte den Mann ins Wenzel-Haenke-Krankenhaus, wo nur der Tod bestellt werden konnte.

* **Zusammenstoß.** Auf der Breitestraße stieß am Mittwochmittag ein Straßenbahngespann mit einem Postwagen zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der Motorwagen des Straßenbahngespanns und der Postwagen schwer beschädigt wurden.

* **Festgenommene Einbrecher.** Am Donnerstag gelang es, einen Einbrecher zu ermitteln und festzunehmen, der mit einem bereits festgenommenen Manne zusammen einen verschlossenen Stahl auf der Anderseitsstraße entzogen und daran vier wertvolle Kammmchen gestohlen hatte. — Ferner konnten zwei Diebe festgenommen werden, die in die Wohnung einer Schneiderin aus der Fürstenstraße eingedrungen waren und daraus Schnur- und Goldsachen im Werte von etwa 200 Mk. gestohlen hatten.

Bereine und Versammlungen.

* **Die Polizei und Maschinisten der Schiffahrt und aller stationären Betriebe holten morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, im Lokal Heinze, Ecke Leuthen- und Hildebrandstraße eine gemeinschaftliche Versammlung ab. Der Verbandsvorsteher, Genosse Scheffel und der Bezirksleiter Genosse Rausch aus Berlin werden Vorträge halten.**

Stadt-Theater.

"Die Walküre" von R. Wagner.

Nach langer Pause häuft man wieder Herrn Schmitz. Der Künstler ist noch auf verschämt, was ihm in der Vergangenheit besonders beiderbar machte, bot aber stimmlich und darstellerisch eine durchaus beachtenswerte Leistung, die auch an den beiden ersten Aktschlüssen von dem ähnlich schwach lebhaften Haufe lebhaft angestimmt wurde. Herr Schmitz wird durch seine wachsame Bühnenercheinung hier in hohem Maße unterstellt, so daß sein "Elegiump" in eine nach jeder Richtung ihm sympathische Beleuchtung gerückt wurde. Als "Wotan" galt Herr Fügner von der Stuttgarter Oper. Der Gast ist im Besitz einer in Tiefe und Mittelstufe vollständigen, hell gefärbten Baritonstimme, mit deren Höhe es allerdings nicht sonderlich bestellt ist. Aber Herr Fügner weiß dies oft recht geschickt zu verborgen. Musikalische Phrasierung, Textausdruck und Spiel lassen nur wenige Blümchen offen, so daß man den Künstler wohl für ein Engagement empfehlen kann. Rundweg abzulehnen ist aber schade! Seiner, welche zwar die Rolle der "Brünhilde" musikalisch beherrschte, aber stimmlich eine unmöglichkeit Leistung bot und auch darstellerisch nur ganz beschämend unförderbar genügte. Zu diesem Urteil müßte man auch kommen, wenn wir nicht durch Frau v. Florentin-Weber sehr verwöhnt wären. — Hervorragend waren wieder die Damen Justus und Reisch, sowie Herr Wittelsoff. Das Orchester unter Herrn Dr. Bratorius ging im dritten Akt wieder arg ins Gezug, nachdem es sich zwei alte Hindernisse einer höchst eindrücklichen Deutung bestellt hat. — Der Beifall nach dem Darsteller des Wotan war recht mäßig und galt wohl lediglich dem Darsteller des Wotan.

Gemein hatte man diesmal vernünftigerweise von der kinematographischen Vorführung reitender Walküren abgelehnt. — H. M.

Schleifen und Rosen.

Reichenbach, 28. Januar. Eine Erhöhung der Gebühren des Schlachthofes ist geplant. Daß diese Erhöhung bei den Reichenbacher Fleischermeistern keine Gegenliebe findet, das kam in der letzten Volksversammlung der Innung recht deutlich zum Ausdruck. In der darüber gepflanzten De-

balle wurde die Erhöhung der Gebühren nicht für notwendig gehalten.

Glaß, 28. Januar. Gegen den Versuch der Verbindung von Arbeiterrichten. In einer am Dienstag vom Gewerkschaftsrat einberufenen Versammlung in Großherzog's Restaurant sprach Gauführer Kohl-Brettau über das Thema: „Altenativerische auf das Koalitionsrecht.“ Redner betonte ausdrücklich, daß das doch an sich schon so winzige Recht nicht nur beschränkt, sondern ganz erweitert werden soll und zwar unter der Maße „Schuh den Arbeitswilligen“. Gegen diesen geplanten Staub, müßte sich die ganze deutsche Arbeiterschaft wie ein Mann erheben zum Schutze ihres bestehenden Rechts, ohne das teire menschenwidrig Zustände der Arbeiter möglich sind. Zum Schlusse wies Redner auf die Arbeiterkreise hin und forderte die Anwesenden auf wo es nur möglich ist Protestversammlungen einzuberufen und in diesen so zu schreien, wie es die Arbeiter tun, wenn es sich um ihre Interessen handelt.

Tauern, 28. Januar. Ein böhmisches. Das abgeänderte Projekt der Kanalisation für hiesige Stadt hat jetzt endlich die Genehmigung der Ausschüsse gefunden, jedoch mit der Ausführung der Kanalisationsarbeiten schon im zeitigen Frühjahr begonnen werden kann. Günstiges Wetter vorausgesetzt, hofft man die Bauarbeiten so weit zu fördern, daß sie bei Eintritt des Winters bis auf die Hausanschlüsse hergestellt sind. In den letzten Wochen sind an 18 verschiedenen Stellen der Stadt Bohrversuche vorgenommen worden, um die Bodenschaffheit festzustellen. Dieselben zeigten die verschiedensten Resultate. Gegenwärtig werden schon die Lieferungen der Zement-, Ton- und Eisenwaren, sowie die Ausführung des Rohrnetzes und der Kläranlagen ausgezeichnet.

Glogau, 28. Januar. Aus dem Stadtparlament. In der ersten Sitzung der Stadtvorordneten wurde aus Anlaß des Beginns der zweiten Amtsperiode des Oberbürgermeisters zwischen ihm und dem Vorsteher Amtshäusern gehalten. Ihre Amtster legten wieder die Stadtvorordneten Mathias und Professor Schmidling, jedoch von 36 Mitgliedern nur noch 30 im Stadtparlament für das neue Geschäftsjahr vertrieben. Herr Mathias war in allen Sitzungen des Parlaments anwesend, was man von keinem anderen Mitgliede sagen konnte. Der Maurer- und Zimmermeister Kühner wurde als Stadtrat eingeführt. Der Vorstand besteht für das neue Geschäftsjahr aus den Stadtvorordneten Justizrat Friedmann als Vorsteher, Kaufmann Georg als Stellvertreter, Fabrikührer Steinmann und Literatur Förderer als Schriftführer. Die Stadtvorordneten hatten 1909 Verhandlungen gegenstände im Jahre 1913 zu beraten. Von größeren Arbeiten von sozialer Bedeutung weist der ganze Tätigkeitsbericht nichts auf. Nach Vornahme von verschiedenen Wahlen beschloß die Versammlung den Beitritt zum Preußischen Städtebund. Der Landspitzen für die Oberbrücke soll schon im Frühjahr gebaut werden, wozu die Versammlung die Kosten von 30 000 Mk. bewilligt. Mit dem Bau der Oberbrücke dagegen hat es noch gute Zeit, da die Behörden, der Staat und die Wasserbauverwaltung mit ihren Beiträgen dazu noch zögern. Nach Erledigung des Flughafenproblems der Theodor-Linfestraße bewilligten die Stadtvorordneten 1050 Mk. für ein Gnadenfeierstags der Oberlehrerwitwe Schöber. Stadtvorordneten Hoffmann berichtete nun über den Gasanstalt-Aunkauf, der 878 810 51 Mk. Kosten verursachte. Die Gesamtkosten für den Bau eines Sickerbrunnens für das Elektrizitätswerk in Höhe von 30 000 Mk. werden bewilligt. 250 000 Mk. werden dem Magistrat als 2. Rate aus der Ansicht der Stadtvorordneten zur Verfügung gestellt. Das neue Ortsstatut für Kommunalbeamte wurde angenommen. Für die Errichtung einer neuen Bedürfnisanstalt am Treppenstiege der Vorstauer- und Rauschützerstraße wurden 2 210 Mk. ausgewiesen.

Strieg, 28. Januar. Die hiesige Fachhalle des Fabrikarbeiter-Verbandes hielt am Sonntag eine gut besuchte Generalversammlung ab, in der der Vorsteher einen ausführlichen Bericht über Agitation und Entwicklung des Verbandes gab. Danach hatte dieser auch im vergangenen Jahre eine ganz eindrückliche Zusammenstellung der Mitgliedern zu verzeichnen. Die Abrechnung ergab, daß im letzten Vierteljahr 1299,90 Mk. Krankengeld und Erwerbslosunterstützung, außerdem 20 Mk. Not- und 8 Mk. Reiseunterstützung ausgezahlt wurden. Die Namen der neu gewählten Vorstandsmitglieder und Kartelldelegierten sind im Bureau zu erfahren. Der Vorsteher ermahnte die Kollegen, noch mehr wie bisher für den Verband, die Volksfürsorge und die "Wolfsburg" zu agitieren, damit immer noch mehr neue Streiter in unsere Reihen treten.

Beuthen O.S., 28. Januar. Wegen Winterverbrechens stand der ehemalige Eisenbahnpfleger Johann Gorjawski vor dem hiesigen Schwurgericht. Der 60jährige Angeklagte gestand, viermal Beiträge in Gesamthöhe von 98,50 Mk. für sich verbraucht zu haben. Mit Rücksicht auf die familiären Verhältnisse des Angeklagten erkannte der Gerichtshof nach erfolgtem Schuldspruch der Geschworenen auf die niedrigste Strafe von 6 Monaten Gefängnis.

Gleiwitz, 28. Januar. Söhne besserer Eltern. Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete zwei etwa 20 Jahre alte Burschen, Söhne hiesiger achtbarer Beamten, die vor etwa 14 Tagen in Berlin bei der Witwe Gilberg einen Einbruch verübt und für 50 000 Mk. Juwelen und Schmuckstücke gestohlen haben. Die Beute haben die Einbrecher verkauft und das Geld bereits vergeben.

Schwientochlowitz, 28. Januar. Geschwätz. Um Schulgebäude stand der Schuldner vor dem Portal eine Stunde lang Eingangsplatze, deren bereits angebrannt gewesene Zündchnüre durch irgend einen Zufall zum Verlöschen gekommen war. Eingnosti ist ein im Bergwerksbetriebe verwendeter Sprengstoff. Da die Patrone nummeriert war, hofft man den Täter ermitteln zu können.

Willow, 28. Januar. Ach, wenn es doch immer so bliebe! Eine angenehme Überraschung wurde den Haus-

frauen auf dem Buttermarkt geschenkt. Ein Blunk Butter kostet durchweg 80 Pfennige, dabei müssen viele Bandenkarten umverkaufte Butter mit nach Hause nehmen. Hoffentlich sinken die Butterpreise auch anderwärts so. Notwendig wäre es.

Neustadt O.S., 28. Januar. Von Gewerkschaftsrat statt. Aus dem gegebenen Kassen- und Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen: Eine Gesamteinnahme von 209,93 Mk. steht eine Ausgabe von 168,54 Mk. gegenüber, so daß der Kassenbestand 41,41 Mk. beträgt. Zur Erledigung der Geschäfte standen 13 Kartellsitzungen statt. Davon eine außerordentliche. Die beim Kartell angeschlossenen Gewerkschaften zählen zurzeit 480 Mitglieder. Im Berichtsjahr gelang es, eine Zahlstelle des Vorstandes zu gründen, die 20 Organisierte zählt. Von Lohnbewegungen berichtet der Geschäftsbericht von einer solchen der Schuhmacher der Helm-industrie, deren es das erstmal gelang, einen annehmbaren Tarif mit dem Betrieb selbständiger Arbeitgeber des Schuhmachers-Gewerbes abzuschließen. Durch eine vom Kartell angeregte Sammlung und durch wöchentlich gezahlte freie Werte operativlicher Kollegen konnte einem schwer erkrankten Kollegen eine außerordentliche Unterstützung von circa 100 Mk. zugesandt werden. Die Bibliothek zählt 123 Bände und ist im Berichtsjahr um 11 Bände vermehrt worden. Die Rechtsaufführung ist von 73 Organisierten auf 80 Mitglieder gestiegen.

Tauern, 28. Januar. Schrecklicher Tod. Verbrennt ist am Montag nachmittag der Invalid Martin Pachula, Kirchstraße 50 wohnhaft. Er wollte sich auf dem wackeligen Eschenholzstuhl, wobei der Ofen umfiel und die glühenden Kohlen auf die Dielen herausfielen. Der alte Mann starb dabei so unglücklich, daß er in die brennenden Kohlen hineinstieß. Er zog sich schreckliche Brandwunden zu, denen er nach kurzer Zeit erlag. Als die Frau um 4 Uhr nach Hause kam, war er bereits eine Leiche. Die Kinder des Invaliden sind glücklicherweise bereits versorgt.

Bromberg, 28. Januar. Opfer willige Dienstgeber. Der landwirtschaftliche Hausfrauenverein hielt hier seine Generalversammlung ab, in der auch zur Krankenversicherung der Dienstboten Stellung genommen wurde. Es wurde hierzu folgender Beschluss gefasst:

Die im Hausfrauenverein zusammengeschlossenen Frauen beschließen gemäß der Vorschrift des Gesetzes, zwei Drille der Beiträge zu den Krankenkassen von den Dienstboten tragen zu lassen und hoffen, daß auch die außerhalb des Vereins stehenden Bromberger Hausfrauen nach diesem Grundsatze handeln werden. Nur durch ein einheitliches Vorgehen der Hausfrauen kann verhindert werden, daß Gesetzenheiten ortsüblich werden, welche für die Frauen des Mittelstandes zu einer empfindlichen Belastung führen würden. Auch werden die Dienstboten die Leistungen, welche das Gesetz ihnen bietet, nur dann würdig und wahrnehmen, wenn ihnen tatsächlich Würden daraus erwachsen.

Ein Entgegenkommen erfordert das anbetet. Hoffentlich schinden und schutzen die Dienstmädchen nicht mehr so lange, bis sie liegen bleiben, ehe sie sich in ärztliche Behandlung begeben.

Kriegsfäden.

Schriftliche Kunst wird nur ausnahmsweise erzielt. Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr mittags.

A. A. 100. Mietet man eine Wohnung, zieht aber nicht ein, so ist man laut Gesetz verpflichtet, die Miete für einen Monat oder ein Vierteljahr zu zahlen, falls sie nicht anderweit vermiets ist. Das gilt auch für Sie. Befolgen Sie dem Wirt einen anderen Mieter; dann wird er wohl zufrieden sein. Nachstens aber mehr Vorsicht.

B., Altbürgerstraße. Sie können der allgemeinen Ortsfrankensche als freiwilliges Mitglied nicht beitreten, da Sie älter als 50 Jahre sind. (§ 6, Abs. 8 der Satzungen.)

C. B., 1. Die Jahre 1700, 1800, 1900 waren keine Schaltjahre. 2. Wenden Sie sich an die Handwerks- und Kunstuwerkeverschule in Breslau, Klosterstraße.

„Erörterung.“ Briefe an den Herrn befördert die betreffende Korrespondenz: Deutscher Sprachenverlag. G. m. b. H. Berlin-Wilmersdorf, Gieselerstr. 84.

Versammlungen und Vereine.

Sonnabend, den 24. Januar: Maschinisten und Heizer. Abends 8 Uhr im Lokal Heinze, Ecke Leuthen- und Hildebrandstraße 12/14. Konfessionsschädeln. Abends 8½ Uhr im „Goldenen Schwan“, Kupferschmiedestraße 22/23.

Sonntag, den 25. Januar: Freiburg. Mitglieder des Konsumvereins, Vorwörts. Nachmittags 8 Uhr im Kongresshaus. Garde, Fabrikarbeiter. Nachmittags 4 Uhr in der neuen Rennbahn, Schuhbinder-Vorburg für Kinder.

Leser! Bevorzugt bei Euren Einläufen unsere Ju-ferenzen und die Adressen des Begegnungsstellen-Gesamtmisches.

Nur noch 3 Tage!

Inventur-Ausverkauf!

Sonnabend **Sonntag** **Montag**

Damen-Schuh u.-Stiefel **Lackkappe, von ... 350,- an**

Herren-Schnürstiefel **550,- an**

Achten Sie genau auf unsere Firma!

Central-Schuhhaus Ernst David Co.

nur Reinhardt & Co.

Gesammelungen u. Vereine

Achtung!
Central-Verband d. Maschinisten u. Heizer
 sowie Berufsgenossen Deutschlands.
 Am Sonnabend, den 24. Januar 1914, ab 8 Uhr,
 im Hotel des Herrn Holzke, Leubnitz- u. Silberbrandstr. Ecke 12/14
kombinierte Versammlung
 auch in Schiffahrt, sowie stationären Betrieben
 beschäftigten Maschinisten und Heizer.
 Vorfahren sind die Kollegen
 Verbandsvorsitzender Fr. Schottel, Berlin,
 Kommissar Fr. Kutsch, Berlin.
 Das Geschehen aller Maschinisten und Heizer ist dringend
 notwendig. [13426] **Der Einberufer.**

Deutscher Säuberer-Verein.

Montag, den 26. Januar,
 abends 11/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Säuberer-Haus, Stolzen 7/8.

Über welche Tagesordnung:

Sitzung der Konfektionschneider!

Sonnabend, den 24. Januar,

abends 11/2 Uhr:

Sektionen-Versammlung

im goldenen Schwan,

Amperiusstraße 22/23.

Die beiden Versammlungen erheben um

jährlichen Beitrag

13426 Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Central-Verband d. Maschinisten u. Heizer

zur Berufsgenossen Deutschlands.

Am Sonnabend, den 24. Januar 1914, ab 8 Uhr,

im Hotel des Herrn Holzke, Leubnitz- u. Silberbrandstr. Ecke 12/14

kombinierte Versammlung

auch in Schiffahrt, sowie stationären Betrieben

beschäftigte Maschinisten und Heizer.

Vorfahren sind die Kollegen

Verbandsvorsitzender Fr. Schottel, Berlin,

Kommissar Fr. Kutsch, Berlin.

Das Geschehen aller Maschinisten und Heizer ist dringend

notwendig. [13426] **Der Einberufer.**

Strobl. Gewerbeaufsichts-Kontroll.

Montag, v. 26. Januar, abends 8 Uhr:

Eizung

bei Knoll. 13431

Arbeitsmarkt.

20 Hosennäherinnen 20

a. bessere Lagerhöfen melden sich

um jährlichen Beitrag

13426 Die Ortsverwaltung.

Einführung-Angebot!

Zigaretten zu Fabrikpreisen

1 Pf. Zigaretten, 10 St. 7 1/2 Pf. 5 Pf. Zigaretten, 10 St. 23 Pf.

1 Pf. Zigaretten, 10 St. 16 Pf. 5 Pf. Zigaretten, 10 St. 35 Pf.

Abgabe nicht unter 20 Stück. [13426]

Ormandia, Zigaretten-Spezial-Geschäft

Gartenstr. 51, neben Lieblich.

Am 21. d. M. verschied nach schwerem Leiden unser
 langjähriges Mitglied, der Haushälter

Adolf Ernst

Im Alter von 35 Jahren.

Leicht sei ihm die Erde! 13430

Der Verband der Handelshilfsarbeiter Breslau.

Begründung: Sonnabend, den 24. Januar, nachmittags
 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Gräbchen-Friedhofes.

Crauerhüte 13432 S. Weissenberg,
 Schmiedebrücke 14,
 In grösster Auswahl zu billigen Preisen. pr. u. l. Etg. Tel. 141.

Diana-Bad Willmannstrasse Nr. 10. 11754

Dampf-, Kur- und Wannenbäder.

Annahme sämtlicher Krankenkassen.

Achtung Hausfrauen!

empfehle großes Lager von Tisch-, Bett- und Bettwäsche,
 Wollwaren, Tricotagen, Wanddecken, Krawatten, et cetera,
 Dosen, Spulen u. Bändern. — Eig. Konfektion nach Maß.

Robert Jahn, Altensteigstr. Nr. 50.

Ecke Leibnizstrasse.

10 Pf. Reise gefüllt. Fr. Robert Jahn, 13431

Wieder eingedeckt. Großer Preis
 100—300 Mr. Off. u. D. E. 51-7 an

Rudolf Hesse, Dresden erbauen. 13432

Frische Hasen 13433

halbe Dosen von 1 Mt. an, seien
 junger Hasenfleisch von 80 Pf. an

etwa 100 Pf. Hasenfleisch, junge Hasen
 für die Schwarzbäsen und Hasen-
 leiber. 13433

C. Valentin, Friedr. 56 im Süden.

Herrergeschäfte 13434

wieder eingedeckt. Großherzog
 100—300 Mr. Off. u. D. E. 51-7 an

Rudolf Hesse, Dresden erbauen. 13432

Kalbfleisch 75, 80, 85 Pf.

Schweinfleisch 70, 75, 85 Pf.

Rindfleisch 80—90 Pf.

Leebnitzerstrasse 56. 13432

O. Eichelmann. 13432

Erscheint dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Ginkäufen empfohlen.

Erieg

Alkoholische Getränke,

Spitz, Emil (Villeroy & Bochne).

Arbeitshilfsaktion.

Neumann, R. Ossietzkystr. 25. Ecke Weisse-

Bäckereien und Konditoreien.

Knoll, Hermann, Neustädterstr. 18.

13426, Ecke Weisse-

Blumenstr.

Ullrich, Reichardtstr. 11.

Ullrich, Ullrich, 13426, Ecke Weisse-

Februar und Februarinen.

Gärtner, O., Oppelnstr. 8. Februar, 13426.

Feischerei u. Wurstfabrik.

Ullrich, Heinrich, Schafft. 82, Leibnizstr. 12.

Ullrich, Heinrich, Blücherstr. 12.

Ullrich, Heinrich, Blücherstr. 12.

Fleisch — Delikatessen.

Ullrich, G., Taxisstrasse 24.

Ullrich, Heinrich, Neustädterstr. 10.

Galanterie- und Spielwaren.

Götz, H., Daxnerstr. 2.

Herrn- u. Kunden-Garderobe.

Reichardt, Eugen, Ring 34.

Reichardt, Eugen, Ring 34

Eine große Rede für Arbeiter-Rechte.

197. Sitzung. Donnerstag, den 22. Januar,
nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Gesetzes des Reichsgerichts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Nowell (Vorl.) führt Beschwerde über Schikanierungen der polnischen Arbeitervereine.

Abg. Haug (Elf.): Die neuen Reichsteueren haben besonders im Elsass große Missstimmung hervorgerufen. Ein Nachteil für unsere Handelsbeziehungen im Elsass ist, daß wir keine Konkurrenz haben. Die Ablehnung der Mosel- und Saarlandanträge hat die Eisenindustrie Lothringens schwer geschädigt. Das Käfigsetz hindert uns an der rationellen Verwertung der Milliarden von Schäden, die in unserem Boden liegen. Man sollte hier Ausnahmesteuern für Elsass-Lothringen schaffen.

Reichsbankpräsident Hirschstein verteidigt die Diskontopolitik der Reichsbank gegenüber den Angriffen des Abg. Dr. Arendt von gestern, bleibt aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Werner-Gießen wünscht besseren Schutz des Mittelstandes gegen Schuhmonopole und Puffusorium.

Abg. Heine (Soz.):

Das Geschrei nach Verschärfung der Strafgesetze bei sogenannten Streitvergehen rückt dem Verbot des Streitpöbelns entgegen. Es ist jetzt Mode geworden. Seine Wurzel hat es in dem einwachsenden Übermut der reaktionären Richtung. Das Koalitionsrecht ist vor allem deshalb verhakt, weil es der Ausfluss des selbständigen Geistes der Arbeiterklasse ist. Die Menschen vom Schlage dieser, die in Preußen sehr groß sind, tragen es nicht, daß das Volk selbständig mit Forderungen seine Interessen vertritt und sie mit Gewalt, Kraft und Zwangsmitteln durch seine Koalitionen vertreten will; die Herren, die es für politisch unabhängige erklärten, daß der Unternehmer vorschreibt, wie der Angestellte zu wählen hat, wollen allenfalls zugelehen, daß ein Angestellter stechen will um Besserung seiner Lage tut, aber nicht, daß er mit Zwangsmitteln der Organisation sie durchsetzen will. In dem Vorstoß gegen das Koalitionsrecht ist ein bewußter volksfeindlicher Fleiß zum Ausdruck gekommen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Die übrigen Leute laufen daran mit und so wird es Mode, gegen das Koalitionsrecht zu zerren. Solche Zustände haben wir schon erlebt, die Mediziner nennen sie zirkuläre Zustände. Es tritt dabei schließlich Besserung ein, bis dann allmählich die Verachtung von neuem anfängt. (Heiterkeit.) Wir haben das erlebt als aus heiter Baum ein hoher Herr eine Rede hielt, daß mit Zuchthaus bestraft werden müsse, wer andere an freiwilliger Arbeit hinderte. Man schüttete den Kopf und fragte sich:

Was ist denn passiert?

bis man dann erfuhr, daß der alte Bodenschwingh dem Redner erzählt hatte, einer seiner Neubauten sei nicht fertig geworden, weil die Mauer gestürzt hätten. Es fand sich dann auch ein Staatssekretär, der zwar zunächst ebenso verwundert über die Rude des Kopf geschüttelt hatte, dann aber doch dem Rechthaber das Buchhausdilemma vorlegte. Als der Reichstag diese Vorlage in den Vatertork warf, ging es 14 Jahre auch ohne Buchhausdilemma ruhig weiter, bis jetzt die Rude des Vaters von neuem wieder beginnt. Wenn der Reichstag ruhiges Blut und klaren Blick behält und die Herren mit ihren Anträgen wieder dahinstoßen, wohin sie gehören, in den Vatertork, so werden wir wieder 14 Jahre ruhiger Vernunft haben. (Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.)

Ich bestreite nicht, daß Gewalttaten vorkommen, und meine Parteigenossen haben verschiedentlich erklärt, daß sie bei Lohnkämpfen nichts unlieber seien als Strafzettel. Trotzdem kommen solche vor. (Gut! rechts: Na also!) Strafzettel kommen auch bei der Kirchweih vor.

Wollen Sie deswegen Kirchweihen verbieten?

Schlägereien kommen täglich in Gasthäusern vor. Wollen die Herren rechts deshalb den Schnapsanschank verbieten? (Lebh. Sehr gut! bei den Soz.) Von den Dingen die wirklich vorkommen, sind neun Zehntel nichts anderes als heftige Worte. Wo Hunderte und Tausende stehen, werden auch immer einige Leute von geringer Selbstzucht und gewalttätiger Natur darunter sein. Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß solche, die bei einem Streit sich zu Gewalttaten hinreissen lassen, schon vorbeharrt sind, also nicht die gewerkschaftliche Tätigkeit hat die Neigung zu Gewalttaten hervorgerufen. Die Gewalttaten tun alles was sie können, um solche Leute von verantwortungsvollen Stellen fernzuhalten. Über natürlich kommen auch Misshandlungen vor. Der größte Teil aller Vorkommnisse ist jedoch nichts Schlimmeres als einige der heftigen Worte. Wenn Unterstüzer in der Kaserne und Guteinspektoren auf dem Hof loschimpfen, dann finden Sie das selbstverständlich, dann nennen Sie es

erklärende Jugendlichkeit und überschäumende Vollkraft.

Allerdings möchte ich auch vom Standpunkt der Arbeiter, daß solche Dinge unterblieben, die ich aber bei dem Bildungsstande der Arbeiter entschuldbar finde. Das ganze ist eine Sache der Volksbildung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Haben Sie die Volksbildung, so werden die Herren und mand m. l. auch rohe Redensarten verschwinden. Die Arbeitervororganisationen sind seit Jahren am Werk, die Bildung ihrer Mitglieder, vor allem in der Jugendlichen, zu heben. Stören Sie unsere Leute nicht bei ihrem Jugendbildungsbeschäftigung, so wird n. auch die Rotheten bei Streits aufhören. (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) Unter der Bildung ist es auch eine Frage der Organisation und der Disziplin in der Organisation. Das die wohldisziplinierten Organisationen allein imstande ist, die Ausbrüche zu verhindern, und daß sie auch des größten Interesses daran hat, zeigt jeder Blick uns bei jedem Streit. Wo einmal ein Streitkämpfer sich hat hinreissen lassen, solche Ausbrechungen zu fördern, haben die zentralistischen Organisationen sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß der Mann nicht an seinem Platz gemessen ist. Uebrigens kommen derartige Dinge bei Streitkämpfern auch praktisch kaum vor, vielmehr kommt jeder Streit mit ernsten Mahnungen und Warnungen der zentralisierten Spitzen der Organisation, es nicht zu Ausbrechungen kommen zu lassen. Die Organisationen wissen sehr wohl den Wert des friedlichen Vertrags eines Streits zu schätzen, sie wissen auch den moralischen Wert der öffentlichen Meinung für den Verlauf eines Streits einzuschätzen. — Herren beweisen die Geschichte als die Vorkommen, daß an den Ausbrüchen die organisierten Arbeiter nur in ganz verschwindend geringer Zahl beteiligt zu sein pflegen. Es sind meist außerhalb stehende solche, die von der Disziplin der Organisation noch nicht erfaßt sind, die sich ihrer Verantwortung der Organisation gegenüber noch nicht bewußt sind, zaudernde Elemente, die eine Breite daran haben, sich bei solchen Gelegenheiten einmal geben zu lassen. Im Vergleich zu der Zahl der Leute, die an Lohnkämpfen beteiligt sind, ist die Zahl der Strafzettel bei Lohnkämpfen und die Schwere der Strafe in fast allen der 26 vorausgegangenen Jahren begrenzt. (Lebh. Hört! bei den Soz.) Ich erinnere mich, daß als 1889 ein Maurenkrieg in Berlin stattfand, von nur minimalen Umsätzen,

im Verhältnis zu den späteren großen Bauarbeiterstreiks und Ausperrungen sich eine große Zahl zum Teil recht hässlicher Gewalttaten dabei abgespielt haben. Aber als 12 Jahre später hier in Berlin

die große Bauarbeiterausperrung

war, an der 20 bis 30.000 Leute beteiligt waren, ist nicht ein einziger derartiger Exzess vorgekommen, obgleich die Ausperrung Wochenlang dauerte. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist die Folge der inzwischen eingetretene Erkrankung der Organisation. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also Volksbildung und Organisation sind die einzigen Mittel, um Exzesse bei Streiks zu verhüten. Mit Strafgesetzen erreicht man da gar nichts. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Alles was die Organisation erreicht, den Einfluß der Leidenden lädt auf, fördert die Exzesse bei solchen Gelegenheiten. Die Arbeiter werden stets von einer Art Verzweiflung erfaßt, wenn sie die parteipolitische Stellungnahme der Behörden gegen sich gewahnen. Auf geordnetem Wege kommen sie nicht zum Ziele, also brauchen sie Gewalt. Die Geschichte der Lohnkämpfe im letzten Jahrzehnt beweist, daß sich die Regierung stets auf die Zeiten der Arbeitgeber stellt. So kommt es dann zu den bedauernswerten Ausläufen und Zusammenstößen mit der Polizei, die oft provokatorisch auftritt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Unter dem Vorwande, es handle sich um den Schutz von Ordnung und Ruhe, stellen sich die Behörden auf die Seite der Streitbrecher.

Bürgermeister Dove erhebt Einspruch gegen eine so generelle Artikulation an den Behörden.

Abg. Heine (Soz.): Ein früherer Staatssekretär, jetzt Mitglied dieses Hauses, bezeichnete die Streitbrecher als besonders nützliche Elemente. Unter ihnen sind oft Trotz und Eigenerziehende, auch solche, die unverschuldet in Not geraten sind. Aber ist unverschuldet Not jemals ein Rechtfertigungsgrund gewesen, wenn ein Einzelner gegen die Pflichten seines Standes verstößen hat? Für Beamte läuft man das gewiß nicht gelten. Zu der Zeit, in der der Lohnkampf vorbereitet wird, steht der Streitbrecher auf der Seite.

während des Kampfes fällt er sich die Taschen.

Fällt der Kampf trotz seines Vertrates siegreich aus, so profitiert auch dann der Streitbrecher davon und das Geschäft erlaubt es nicht, ihn vom Arbeitsplatz zu entfernen. Bedeutend schlimmer steht es noch mit den berufsmäßig Streitbrechern, die unter den Augen der Polizei ungefähr losprügeln können. Ich sage auf den Tisch des Hauses einen Gußmischlauch, der mit Sand gefüllt und mit eisernen Gewichten versehen ist. Mit diesen gefährlichen Instrumenten haben die Hintergardisten in Begleitung der Polizei auf die arbeitenden Streikenden eingehauen. (Hört! Hört! b. d. Soz.)

Dieses Lumpengesindel

sind die nüchternen Elemente des Grasen Bosabös, die Schäflein des Hanabundes und der Fussi. Die Behörden tragen eine starke Verantwortung, wenn die Auslastung der Streitbrecher mit Schuhmärschen genehmigt, da dieses Pack im Sinn zu verbrecherischen Handlungen fähig ist. Ein Münchner schaute ein Streitbrecher einen Mann, der nicht das Geringste getan hatte, über den Daumen. Wir können einen tödlichen, es kommt nichts danach, ist die Moral dieser Leute. Man muß schon das Gehirn eines Streitkämpfers rettieren, damit er nicht wieder einen Streitbrecher ist. Die Gründung eines Arbeiters durch einen Streitbrecher wie im Falle Brandenburg bei Stettin als eine Folge sozialdemokratischer Ausschreitungen anzusehen. Gilt die etwaigen Exzesse bei Streitsreichen die Strafgesetze vollkommen aus. Herr Bassemann hatte bereits 1899 die Bestrafung eines stinkenden Arbeiters, oder eines solchen, der sich weigert, mit Nichtorganisierten zusammenzuarbeiten, wegen Expressionsfreiheit gefunden. Auf demselben Standpunkt hat sich auch die Regierung gestellt. Vom Gericht ist es falsch, anzunehmen, daß ein Arbeiter, der nicht mit Organisierten zusammenarbeiten will, die Zulassung zur Organisation zu tunigen beabsichtigt. Ebenso, wie eine solche Handlungsweise nicht als Expressionsbeurteilung werden kann, so bedeutet auch die Ankündigung der Arbeitsniederlegung keine Drohung. Die Gerichte, die mit den Streikenden wahnsinnig nicht sonst umzubringen, sprechen noch nicht einmal die Höchstrafe aus. Diejenigen, die eine Verhöhnung der Strafgesetze wollen, müssen bestimmte Vorschläge machen. Die Scharfmacher aber wollen die Arbeiter nur hindern, höhere Löhne zu verlangen. Das bedeutet die Niede von Schutz der Arbeitsschichten. Nach der Ansicht der Regierung, die kein Ausnahmegesetz sondern eine Verhöhnung des Strafgesetzes beabsichtigt, soll Abtötung künftig hinstrafbar sein, wenn mit einem rechtswidrigen Verhalten gedroht wird, aber wenn jemand gestötzt wird, zu einem Verhafte, zu dem er rechtlich nicht verpflichtet ist. Dann wird der Richter darin ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter unter Androhung der Arbeitseinstellung höhere Löhne fordert. Vor einer derartigen Bedrohung alles Koalitionsrechtes muß die Deffentlichkeit eindeutig gewarnt werden. Das neue Strafgesetzbuch, das sonst eine Reihe von Fortschritten bringt, bildet somit eine Gefahr für die Rechte des Staatsbürgers. Der § 153 der G.-O., der bereits ein Ausnahmegesetz ist, wird stets nur gegen Arbeiter angewendet. Er soll die Streitbrecher schützen. Die Koalitionen müssen für ihre Überzeugung werben können, daß ein rechtswidriges Verhalten finden können, wenn der Arbeiter

Brennendes Abgeordnetenhaus.

9. Sitzung. Donnerstag, den 29. Januar 1914, vormittags 11 Uhr.

Aus Ministerlich: v. Schorlemer.

Ein Antrag auf Einstellung eines gegen den Abg. Dr. Kremer (M.) schwebenden Urwaltsverfahrens für die Dauer der Tagung wird angenommen.

Einzelberatung des Landwirtschaftsstaats.

Abg. Behnert (S.a.) bespricht die Übersicht der Verwaltung über die Verhältnisse der Landwirtschaftlichen Wanderbaus und schlägt einen. Im ganzen sind 250 Haushaltungsschulen vorhanden. Über 800 Landstreiche haben sich von diesen Schulen übernommen nicht gesammelt. Die Zahl dieser Schulen ist völlig unzureichend. Wir fordern ausdrücklichen Haushaltsschulunterricht, besonders kommt er für die Töchter der Arbeiter in Frage.

Die Beteiligung der Arbeitertöchter am Unterricht ist deshalb so gering, weil das Schulgeld zu hoch ist. Man muss bedenken, dass die Arbeitertöchter auf Verbrennung angewiesen sind und während des Unterrichtsstundens einen Dienstausfall haben, um sollen sie auch noch Schulgeld zahlen. Das können sie nicht. Deshalb sollte die Staatsregierung besondere Beihilfen zur Teilnahme an diesen Kursen geben, falls der Unterricht nicht zum Teil unentgeltlich erzielt werden könnte. Dann würden die Klagen über mangelndes Verständnis für den Haushaltsschulunterricht bei den Arbeitern aufhören. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Die weitere Debatte beschränkt sich nur mit lokalen Schulfragen.

Bei dem Kapitel

Veterinärliche Hochschulen und Veterinärwesen

wünscht Abg. Dr. Barenhorst Anerkennung des in der Schweiz erworbener tierärztlichen Doktorats in Preußen. — Abg. Dr. Arslang (Platz) schliesst sich an.

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer: Die Vorbereitung für die Führung des Doktorats ist das Abschirum. Da es sich aber um eine aussterbende Kategorie von Doktoren handelt, wird das Kultusministerium vielleicht doch mehr entgegenkommen zeigen.

Abg. Henke (Wolfsb.): Bei der Seuchenbekämpfung wird ein Unterschied zwischen Kleinst- und Großgrundbesitzern gemacht. Über die Tötung erkrankter Vieh beständen die Bauern sehr aufgeregt. Man sollte gerechter vorgehen bei der Entlastung.

Abg. Meyer-Dieholz (Mail.) fordert volle Entschädigung der von den Massenlösungen betroffenen Viehbesitzer.

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Wir haben es lediglich den Abschlachtungen zu danken, dass heute die Maul- und Klauenpest allgemein zurückgetreten ist. Die kleinen Besitzer in Schlesien haben sich beschwert, dass die Großgrundbesitzer von Abschlachtungen verhindert blieben. Ich muss energisch gegen die Unterstellungen, die der Verwaltung gemacht werden, protestieren. Unsere Maßnahmen haben auch vor den Großgrundbesitzern nichts Galt gemacht. (Hört, hört!)

Abg. Wärtsle (Konf.): Die Vorwürfe gegen die landwirtschaftliche Verwaltung sind unbegründet. Über den Schaden, den die Schweinezüchter durch die letzte Art der Seuchenbekämpfung erlitten haben, fügt eine mettliche Erleichterung für die Zukunft befürchten.

Abg. Beradt (Zent.): Der Großgrundbesitz ist viel mehr von den Viehzüchtern beansprucht worden als der mittlere und kleine Besitz.

Abg. Dr. Magaz (Vol.): Bei der Bevölkerung muss leicht die Annahme entstehen, dass bei der Ausführung des Seuchengesetzes nicht mit gleicher Menge genommen wird. Deshalb muss eine möglichst ausreichende Entschädigung der betroffenen Besitzer gesorgt werden.

Abg. v. Bappenheim (Konf.): Die Ausführungen des Abgeordneten Wärtsle hatten die Tendenz, Unzufrieden zwischen Groß- und Kleinbauern zu rufen.

Abg. Dr. Hoeftle (Konf.): bezeichnet die Einjuhe russischer Schweine nach Überseefreien als lebensgefährlich.

Abg. Goebel (Zent.): verlangt Fortdauer dieser Einfahrt im Interesse der armen Bevölkerung.

Unterstaatssekretär Dr. Küller: Die Einfahrt wird nicht verboten.

Redner verschiedener Parteien fordern höhere Auswendungen für Förderung der Vieh- und Gesäßgutwirtschaft.

Minister v. Schorlemer sagt Besichtigung zu. Bei unsreien Alten werden wir immer auch aus Auslandsgeflügel angezeigt sein.

Abg. Brors (Zent.): beschlägt sich über zu scharfe Milchüberwachung in den Städten.

Aus aller Welt.

Die Vulkananbrüche auf den Hebriden.

Der Dampfer "Makamboro", der am Mittwoch in Sydneys eingetroffen ist, bringt, wie wir schon gestern nach einer Meldung des "A. L." berichtet, Nachrichten über schwere Vulkananbrüche auf den Neuen Hebriden, die das Bild der Insel vollständig veränderten. Die Eruptionen begannen im Dezember und der letzte Ausbruch stand am Neujahrstag statt. Der Platz auf dem das Missionshospital stand, sieht jetzt meterhoch unter Wasser, während eine drei Kilometer lange Gebirgskette aus dem Meer emporgestiegen ist. Dr. Bowe, der Missionar auf der Insel, erzählt, dass ein Berg nach dem anderen auslieferte, bis schließlich zehn Vulkane glühende Lava ausprädelten. Unter den 2500 Einwohnern in der geführten Sone herrscht keine Erregung. Ein großer Teil wurde nach der zwanzig Kilometer entfernten Malekula-Insel geschafft. Mehr hundert Einwohner wurden jedoch von der See ertrunken und getötet. Andere wurden in ihren Booten in die Luft geschleudert und ertranken. Über sie wurden in siedendem Wasser gelacht, das auch hunderte von Schildkröten und Fischen gejagt an Land war.

Sturz eines russischen Gardeoffiziers.

In Petersburg ist gestern in einem Restaurant ein Gardeoffizier den Direktoren eines Börsenmaklers und verwandte dessen Tochter und zwei Töchter.

Im Schnee begraben.

Aus der Stadt Regenes wird gemeldet, dass es in der Nähe der Stadt gelegene Dorf Lipnitz, das etwa 1000 Seelen zählt, jetzt nicht länger zugänglich eingeschneit ist. Es hat es vor der Zugewalt vollständig abgeschnitten. Die Bewohner sollen bereits Hunger leiden.

Gefangen in einer französischen Pulverfabrik.

In der französischen Pulvermühle von Riom bei Roanne wurden durch die Explosion von 500 Kil. Gewichtspulver

Abg. Freiherr v. Tschirn (Beitr.) über die Verunreinigungen der Wurm durch Abwasser industrieller Anlagen.

Mussig v. Götzlauer legt Abhilfe u.

Abg. v. Campe (Mail.) bearbeitet einen Antrag, der die Regierung auffordert, geeignete Maßnahmen zur Hebung des Unterstandes zu treffen.

In der Debatte fordert Abg. Barenhorst (freikons.) einen Kontrollzoll und erlässt die Nationalliberalen an, dass sie nicht schulzähnlich genug seien. (Wiedertrumpf bei den Rät.) Abg. Kleinschmidt (konf.) verlangt in eingehender Rede eine rechtliche Förderung der Siegenwitz. Die Siegenwitz ist das beste Nahrungsmittel für Kinder.

Der Vater-Anttag wird angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Freitag, den 29. Januar, nachmittag 1 Uhr. Weiterberatung.

Schluss 4½ Uhr.

Gewerkschaftliches.

Schärmacherische Falschmünzer.

Die im Dienste der Unternehmer stehende Presse versucht die einschärfsten Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Das zeigt die jetzt nochmals in der Unternehmerpresse austauchende Beurteilung des Kampfes im Maschinenbau. Die letzte Nummer der "Arbeitgeber-Zeitung" versucht, den Misserfolg der Schärmacher mit ihrer Aussperrung in einen Misserfolg der Gehilfen umzumünzen. Zu diesen Zwecken wird erklärt, die Meister hätten ein von den Gehilfen erst abgelehntes Angebot von 8 Pf. Gehaltszuhebung gemacht, die Gehilfen berechneten ihren Erfolg aber selbst nur auf 1½ Pf. pro Jahr (also 1½ Pf. während der dreijährigen Zeitspanne), also deckte sich das Angebot der Meister und das Resultat des Kampfes (!). So viel Worte, so viel Unruhe und Schwund zugleich.

Besonders effektiv soll es wirken, dass die "Arbeitgeber-Zeitung" aus einem Protokoll der Generalversammlung des Verbandes der Metallarbeiter einige Delegierte zitiert, die der Gesellschaft nicht befreit sind. Daraus soll der Mi. erfolg der Gehilfen nachgewiesen werden. Wir sind aber gegenüber in der Lage, aus dem Protokoll des Hauptverbandstages der Unternehmer des Metallgewerbes (August 1913) zu Berlin die Meinung aus Unternehmern über ihren "Steg" zu illustrieren.

Nachdem bald 12 Wochen vergangen waren, wurden unsere Kollegen kundemäßig und mißtröstig, und nach den großen Opfern war es nicht mehr möglich, ein anderes Resultat zu erwarten. Die Gehilfenführer haben es ganz vorläufig verstanden, uns in den April hinein zu bringen.

Ein Unternehmer aus Nordhausen sagte: "Unsere Kollegen glaubten, sie gehörten einem starken Hauptverband an, der geschlossen hinter ihnen steht. Das ist aber nicht der Fall." Ein Delegierter erklärte:

"Ein oder zwei (!) Arbeitnehmer haben gesagt, wir hätten einen Erfolg errungen. Ich behaupte: es war eine ganzehrige Niederlage. (Sehr richtig!) Der Arbeitgeberverband ist sozusagen niedergeschlagen. Es sei ein Erfolg, wenn wir das, was wir am Anfang haben könnten, nun doch tatsächlich Gentlicher Aussperrung unserer ungeheuren Opfer annehmen müssen. (Sehr richtig!)"

Dann berichtete der Syndikus der Rheinländer: "Es seien tagtäglich die jämmerlichsten Briefe" an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes gerichtet worden, so dass er nicht mit Lust und Leid" die Interessen der Arbeitgeber vertreten habe. (Hört, hört!) Und der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes bestätigte es, dass sechs Männer (die sechs Gouvernements) die "Feststellung einer Übereinkunft" hatten. Die Situation wäre immer bedenklicher geworden. Die Organisation hätte gebrochen, zum Teufel zu gehen. Verschiedene Gouvernements hätten Angst gehabt, den Ortsgruppenvorstande die Situation ehrlich zu schildern. Ein Teil der sieben Hauptvorstände mitglieder setzten Wochen mit dem Gewichtsein herumgegangen, durch ihre Verschüsse die Arbeitgeber geschädigt zu haben. Es sei im Arbeitsverband etwas nicht in Ordnung, "aber niemand weiß, wo es steht".

Einem Delegierten, der renommiert, er werde gegen die rote Flur anschwimmen, wurde "Leberhebung" zugeschrieben. Ein Hamburger sagte: "Wir haben es schwer empfunden, dass wir noch einen Erkämpf von vier Wochen durchsetzen mussten..."

zahlreiche Arbeiter verletzt, darunter fünf sehr schwer. Man glaubt, dass die Explosion durch Kurzschluss verursacht worden ist.

Die Auffindung des Unterseebootes.

Zu der Auffindung des gesunkenen Unterseebootes "A 7" wird noch gemeldet, dass Mannschaften, die von dem gleichfalls zur Suche ausgeschickten K.u.k. Uboot "Plan V" aus schwierig die See beobachteten, höchst likely Del auf dieses Schwinden machen. Sie erstatteten sofort Meldung. Man ließ an der betreffenden Stelle einen Taucher niedersteigen, der denn auch als er hochkam, das Unterseeboot gefunden. Es wurde an der Stelle eine Boje ausgelegt. Am Donnerstag begann man mit den Bergungsarbeiten. Die Stelle, wo das Boot liegt, befindet sich anderthalb Meilen näher dem Lande, als die Stelle war, wo man es zuletzt gesichtet hatte. Mühevoll ist es von der Strömung gegen das Land zu getragen worden. Die Stelle, wo man es auftun, hat eine Tiefe von 30 Faden, mit dem werden dort die Taucher nur seit ganz kurze Zeit arbeiten können, es wird also viel Mühe machen, das Unterseeboot herauszuholen.

Eine geheimnisvolle Gesellschaft, die auf die Rechtsgarantien nicht nur Russlands ein zuverreichendes Licht wirkt, wird aus Warschau gemeldet: Große Aufsehen erregt dort die Verschließung des millionenschweren Großgrundbesitzes Ritter von Clemensowski. Am Montag erschien vor dem Hotel Victoria, in dem der Millionär eine Suite bewohnte, mehrere Automobile, in denen sich viele Polizei- und Soldatenpersonen befanden, die sich zu den Stuben des Millionärs begaben und diesen früh festigen Bildern in eines der Automobile schleppen und mit ihm davonlaufen. Man glaubt, dass die Vermögen der des Millionärs diesen in ein Getreidehaus gestellt haben, da befürchtet, dass er sein Testament zugunsten seiner unehelichen Kinder machen werde. Die Frau des Millionärs ist mittellos im Hotel zurückgeblieben, und so war ihr bisher nicht möglich, ihren Mann aufzufinden, so dass sie die Polizei (?) in Russland genommen hat.

Das Getreidehaus bietet auch in anderen Ländern die reichste Aufsicht für alle Niederkünste seien, wenn es sich um den Mann handelt.

Die sogenannte Gräfinmord aufgetragen. Ein Doppelmeister identifiziert heute seine Aufklärung gefunden zu haben. Der früher in Spanien tätige Lehrer Wolf war vor drei Jahren mit seiner zweiten Nachkommen überzeugt. Die Familie wurde aber, da Wolf sich um sie nicht kümmerte, der Gemeinde übergeben. In Spanien überzeugten am 21. Dezember v. Wolf mit seiner Frau in Madrid wieder zusammenzugehen um nach Spanien zu ziehen, um dort eine Wohnung

zu kaufen. Sie sahen, in Zukunft werden wir es uns überlegen, ob wir unter diesen Umständen wieder so stark zur Nähe halten. (Sehr richtig!) Ein Delegierter aus Sachsen: Man hat uns zugemutet, einen Frieden einzugehen, der für uns schmachvoll war.

Dann macht man sich gegenseitig "Stäufer" "Quengeler", "Dissidentenlosigkeit" und anderes vor. Die Delegierten eines ganzen Hauses verleben unter Protest die Handlungen. Ein Röhren sagte, der Arbeitgeberverband habe die Eigung, aus einer anderen Verhandlung zu kommen. — Das ist inzwischen schon geschehen, denn das Hauptamt hat ihn gezwungen, einen ganzen Bau wegen Tarifbruchs auszuschließen und in anderen Städten sind die Meister wegen des erlebten Missvergnügen aus großer Linie ausgetreten.

Es ist ein starkes Bild der "Arbeitsberatung" (Sie wird von dem eigentlichen Treiber der vermaßten Ausübung, der in Homburg sitzt, inspiriert) nach all dem den Versuch zu wagen, die offensichtlichsten Tatsachen ins Gegenteil zu verdrehen.

Deutsches Reich und Ausland.

Gabern und die deutschnationalen Handlungsgesellschaften. Wenn Offiziere a. D. und Leutnants d. R. ihren braven Gaberner Kommandanten nach dem Februar in Straßburg erstaunt haben, so ist das zu verstehen, obwohl es auch unter Offizieren Leute gibt, die die Schlacht von Gabern nicht in den Ruhmesraten unseres Heeres zählen. Wenn aber das Rivalität nach all den Kämpfen, die es erhalten hat, noch die Edlen von Gabern begeistert, so muss es doch schon ein Seelen besonderer Eigenschaften zu besitzen, rechnet sich offenbar der Deutschen nationale Handlungsgesellschaften. Verbund zum Dienst an. Nach dem Vogtländischen Anzeiger richtete die Grüne Blaue des genannten Verbandes folgendes Telegramm an den Obersten v. Reuter:

"Von hier her im deutschen Volke war der größte Ruhe, gestern und wahr zu sein. So begeisterten wir den siegreichen Offizier und rühmen Sie als einen Mann der Tat.

Mag Wanner, Raum.

Robert Schambach, Handlungsgesellschaft."

Steinbeckerausspaltung in Wiesbaden. Die Unternehmer der Steinbeckerbranche in Wiesbaden haben sämtliche in ihren Betrieben beschäftigten Steinauer besser aufgewertet. Sie wollen die Arbeiter zuwenden, einen von ihnen vorgelegten verschiedenen Tarif anzuerkennen.

Der Kampf der Buchdrucker in Österreich. Zu den neuen Bedingungen erheben 2677 Gehilfen und 1000 Dienerbeiter, Rechner und jene 90 Arbeiter hinzu, die als Wiener Zeitungsschreiber, als Schreibmeister und Stereotypen über als Arbeiter in den Staatsbürokratie aus dem Kampf stehen, so ergibt sich, dass schon 6000 typographische Arbeiter in Arbeit stehen, ein ganz ansehnlicher Teil der 16.000 Buchdruckereiarbeiter Österreichs.

Die Kohlenarbeiter von London. Der ausgebogene Streit umfasst sämtliche Gruppen von Arbeitern im Kohlentransport. Die Arbeiter forderten eine Lohnherabsetzung. Als sich die Verhandlungen verzögerten, legten die Leute einer großen Kohlenfirma die Arbeit nieder. Von hier dehnte sich der Streit nach anderen Industriezweigen aus, der ohne Genehmigung der Gewerkschaft beschlossen, von dieser aber nachträglich gut geheißen wurde.

Der Spanische Grubenstreit. Die Delegierten der Minenräder von Rio Tinto, die sich nach Madrid begeben haben, um mit den Mitgliedern des Verwaltungsrates zu unterhandeln, entschlossen sich, nach Rio Tinto zurückzufahren, da die Verwaltung es ablehnte, die Forderungen zu beantworten.

Der Ausstand in Portugal bedeutet. Die Nord-Ost-Eisenbahngesellschaft betrachtet den Streit als brennend. Mit etwa 100 Eisenbahnarbeiter nahmen den Dienst noch nicht wieder auf. Auch die anderen Ausländer im beanbeten. Alle Lissaboner Betriebs werden wieder erscheinen.

Parteiangelegenheiten.

Unförderbare Einladung. Viel besprochen wird in München die Tatsache, dass der König von Bayern zu einem parlamentarischen Diner am 4. Februar auch die sozialdemokratische Fraktion einladen hat. Das wird die Stadtpolitiker noch mehr in Panik bringen, denn daran sieht man den Verfall Süddeutschlands.

nung zu mieten. Auf dem Heimweg soll er die Frau ermordet: und den Leichnam im Walde versteckt haben, wo die Tote am 14. d. Mon. gefunden wurde. Wie es sich herausstellte, hatte sich Wolf nach dem Mord wieder nach Lachen begaben. Dort ermordete er am 13. Januar seine Quartierfrau und ging nach Westfalen, wo seine Verhaftung wegen des Mordes in Lachen erfolgte. Inzwischen wurde auch die Mordtätigkeit bekannt, und aus einem Briefe soll die Behörde davon Kenntnis erhalten haben, dass Wolf auch in diesem Falle als Mörder in Frage komme. Am Mittwoch fand die Konfrontation Wolf mit der Leiche seiner Frau und seine Vernehmung an der Morstelle statt.

Der neue Prozess gegen Kaplan Schmidt. Vor dem Richter Davis in der Kriminalabteilung des New-Yorker Supreme Court begann der zweite Prozess gegen Kaplan Hans Schmidt, den geständigen Mörder der Anna Müller, mit der Auslösung der Geschworenen. Das erste Verhör wurde ebenfalls als sehr provozierend erachtet, weil sich die Geschworenen über den Urteilsspruch nicht einigen konnten. — Wir werden über den Ausgang berichten.

Eine menschliche Gestalt zu 15 Jahren Buchthaus verurteilt. Der 28jährige Gelegenheitsarbeiter Gustav Keil aus Leipzig, der am 6. November 1913 in der Kleinen Mühlenstraße in Altona an der 12-jährigen Helene Cornelia ein schwere Sittlichkeitssverbrechen mit tödlichem Ausgang verübt, ist Donnerstag vom Altonaer Schwurgericht zu fünfzehn Jahren Buchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

Vielleicht wäre eine dauernde Internierung in einem Irrenhaus ein noch besserer Schutz gegen diesen zweifellos entarteten Menschen.

Harter Winter am Rhein. Die Nacht zum Donnerstag brachte den stärksten Frost dieses Jahres. Das Thermometer zeigte am Rhein einen Frost von 17 Grad Celsius, während die Räste auf dem Donnerstag 20 Grad betragen hat.

Tom Pausen in den Tod getrieben. Ein älter deutscher Lehrerin hat sich in der Nähe von Berlin auf Sylt in Meer gestürzt und den Tod gefunden. Die bedauernswerte Greise hat den Körper des Priesters Konrad Glaubens geschenkt und ihm ihr ganzes ererbtes Vermögen von